

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

33 (9.2.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 30 A ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 A, Samstag 15 A. — Anzeigen: die einpaltige Kolonialscheite 20 A,
auswärts 25 A. Reklamen 30 A. Annahmeschluss 3 Uhr vormittags.
Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 461.
Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich
Germann Kappel, für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von G. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

Das Riesenmanöver für den Volksbetrug in Deutschland

Die Reaktionen einer erfolgreichen politischen Reaktion in Deutschland sind dabei, zu tödlichen Schlägen gegen die Republik, gegen die Demokratie und besonders auch gegen die Sozialdemokratie auszuholen. Das deutsche Volk soll erneut in die martervolle Zwangsjacke des monarchistisch-militärischen Obrigkeits- und Gewaltstaates eingezwängt, die Massen politisch entrechtet werden, damit man sie nach Willkür politisch freisetzen und ökonomisch in ungezügelter Profitgier ausplündern kann.

Vornehmlich die deutsche Schwerindustrie, aber auch andere Gruppen der deutschen Industrie finanzieren dieses Unternehmen, dessen gewaltige Unkosten sie hoffen, aus einer noch weit gesteigerten schrankenlosen Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung mit Zinsspekulationen herauszuholen zu können. Große industrielle Konzerne haben durch die gewagtesten und nicht nur an Gaunereizenden Kreditgeschäften die Allgemeinheit um ungeheure Summen geprellt, die Schwerindustrie hat auch, dank der Herren Dr. Luther und Dr. Stresemann, dank der Tätigkeit des ehemaligen (volksparteilichen) Wirtschaftsministers Beder, anlässlich der Aufrückung dem Reiche hunderte von Goldmillionen abgenommen, sich in beinahe märchenhafte Weise auf Kosten des Reichs und des Volkes bereichert. Aus diesen gefüllten Geldschränken fließen jetzt unaufhörlich enorme Summen in die Kassen reaktionärer Parteien, fließt ein Geldstrom auch in den Teil der bürgerlichen Presse, der das arme und dumme deutsche Volk täglich zu belügen, über alle wirtschaftlichen und politischen Lebensfragen zu betrügen hat.

Das muß man den Drahtziehern der deutschen Reaktion lassen: diese Organisation verstehen sie aus dem innigen, Langjam, aber sicher und immer struppeliger begann man, durch eine gekaufte und abhängige Presse alle Einrichtungen und jede Tätigkeit des neuen Staatswesens zu verleumben, zu verdächtigen; die einzelnen Träger des neuen Systems in der öffentlichen Achtung herabzuwürdigen und — wie wir es ja erlebt haben — auch schließlich mit Hilfe von Maschinenpistolen und anderen jamaikanischen Argumenten der nationalpolitischen Betätigung, zu beseitigen. Zu Duzenden wurden die geeignet erscheinenden Zeitungen aufgekauft, in Berlin gewaltige zentrale Korrespondenzbüros eingerichtet, die mit einem Heer käuflicher Journalisten bevollmächtigt worden sind, um täglich die bürgerliche Provinzpresse mit Propagandamaterial zu versorgen. Die nationalpolitischen Parteien, Gruppen und Verbände wurden ebenfalls reichlich finanziert für ihre Wühlarbeit gegen die Republik und gegen die Sozialdemokratie; ganze Bataillone ehemaliger kaiserlicher Offiziere, die sich nebenbei noch erhebliche Pensionen von der Republik bezahlten lassen, fanden in diesen Verlautbarungen ein systematisches politisches Korruptionsschloß, Anstellung und Beschäftigung. Die Kassen der Reaktionsparteien wurden gefüllt, die diese Parteien sich bei den letzten Wahlen eine förmliche Geldverschwendung zu Propagandazwecken leisten konnten.

Unterdessen übten sich Herr Dr. Stresemann und seine Mannen darin, in der frivollsten Weise eine Regierungskrise um die andere heraufzubeschwören, um auch gleichzeitig dadurch das Ansehen des ohnehin schwer zu leistenden, seine Kraft zu lähmen, es auf diese Weise mit reifem zu machen für den Messerschnitt der Reaktion. Eines sah die Herrschaft jedoch schnell ein: auf dem Wahlkampffeld ist die Sozialdemokratie nicht entscheidend zu schlagen. Auch die Reichswahlen 1924 haben darin den Reaktionen trotz der sozialdemokratischen Schlappe eine böse Enttäuschung gebracht.

Der persönliche Kampf gegen den aus der Sozialdemokratie stammenden Reichspräsidenten, der bis dahin mehr lausbubenartig geführt worden war, wurde in ein System gebracht, die Bildung einer Bürgerblockregierung sorgfältig vorbereitet — im Reich und in den Ländern. Die Verleumdungen in den nationalpolitischen Beratern, in der nationalpolitischen Presse, in Flugblättern usw. erhielten jetzt System und gesteigerte Niedertat. Mit vorläufigem Erfolg wurde dabei ganz richtig aus zwei taktischen Erwägungen heraus spekuliert: erstens, auch die Mehrzahl der Arbeiter, der Angestellten und kleinen und mittleren Beamten sind Opfer der bürgerlichen Presse, die tägliche Verhöhnung muß also mit der Zeit auch bei ihnen wirken; es ist bei einem so unpolitischen Volke, wie es leider die Masse der Deutschen ist, Erfolg versprechend, wenn man der Nationaluntugend täglich neue Nahrung verleiht, nämlich nur zu kritisieren, nur herunterzuziehen, nur das Kleine und Kleinliche vergrößert hervorzuheben, also den Klatsch und

die Mordgelei fördern. Die Sozialdemokratie hat für die Erhaltung des Staates in den letzten Jahren eine Riesensumme geleistet; sie wird systematisch im allergrößten Maße der bürgerlichen Presse verweigert. Darüber hinaus werden die Tatsachen in ihr Gegenteil verkehrt und auch dann, ja dann erst recht, der Sozialdemokratie die Schuld an Krisen und schädlichen Maßnahmen zugeschoben, wo sie weder großen oder gar entscheidenden Einfluß hat.

Aber das alles genügt nicht, die erstrebte Wendung der Dinge herbeizuführen. Und besonders eine Tatsache stand den reaktionären Bestrebungen hinderlich im Wege: die Schlammasse des stinkenden kapitalistisch-bürgerlichen Kriegs- und Nachkriegsumpfes erreichte nicht die Sozialdemokratie — weder sie als Partei, noch ihre führenden Persönlichkeiten. Gleichzeitig sah man, gerade in den Kreisen der deutschen Reaktion aller Schattierungen, wie der kapitalistisch-bürgerliche Sumpf immer größere Dimensionen annahm, wie es unvermeidlich werden wird, daß ein furchtbarer Skandal entlocken muß, wie insbesondere die kapitalistische Riesengauerei im Wirtschaftsleben, einmal aufgedeckt, zu den gefährlichsten Erschütterungen führen kann. Es war Lebensinteresse für die Parteien der Reaktion und der ausgeprochen großkapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, auf lange Zeit hinaus zu verhindern zu sehen, daß die Sozialdemokratie im Reiche wieder in die Regierung gelangt, denn, mit einer fortschreitenden Ordnung der Dinge im Innern mußte der Moment kommen, wo sich die Riesenkorruption der Wirtschaft offenbare, die betrieblen worden ist.

Es galt also für die Reaktionsparteien, koste es was es wolle, den Versuch zu machen, irgend etwas zu finden, womit man, unter Zuhilfenahme einer übermächtigen Presse und in geistiger Spekulation auf die politische Unerfahrenheit der Masse, die Sozialdemokratie zu diskreditieren vermochte. Die Barnataffäre bot diese Gelegenheit. Und der Umstand, daß die Gebrüder Barnat Ostjuden sind, war ein besonders willkommenes Umstand. Und nun siehe eine Hege ein, die, falls sie den von ihren Verüßern verfolgten Zweck erreichen sollte, von der werktätigen Bevölkerung politisch und wirtschaftlich mit Summen bezahlt werden muß, die einst millionenfürige Flüche gegen ihre Urheber werden aufsteigen lassen.

Die Barnathege gegen die Sozialdemokratie ist nicht aus dem nur bescheidenen politischen oder moralischen Reichtumsbedürfnis heraus entstanden, sondern aus einer konterrevolutionären Spekulation. Einer, vielleicht auch mehrere Mitglieder der Sozialdemokratie haben sich mit den Herren Barnat in Dinge eingelassen, die nicht zu billigen sind. Einer oder sogar mehrere! Was will das belagen in einer Millionenpartei. In den Jahren des Krieges und der Nachkriegszeit haben wir bürgerliche Stände zu hunderten, wenn nicht gar zu tausenden erlebt. Das Heer der wüßtesten Kriegsgewinnler, der Schieber nach dem Kriege bestanden wirklich nicht aus Sozialdemokraten; die unendlichen Korruptionsaffären, die sich in der Stappe abgepielt haben, die Durchstechereien bei der Vergebung der Heereslieferungen, bei den Abstammendungen und bei den Zuweisungen in den Frontdienst, die Verschlebung von Heeresgerät, sie sind von Zeitgenossen begangen worden, die kaum vorher mit der Sozialdemokratie Fühlung gehabt haben und die heute überall, nur nicht bei der Sozialdemokratie zu finden sind. Wir verurteilen es schärfer, als es in bürgerlichen Kreisen gesehen kann, wenn der eine oder andere Sozialdemokrat trumme Wege gegangen ist, aber, was bisher gegen einzelne Sozialdemokraten mit einem wahren Indianergehül vorgebracht worden ist, sind kleinliche Lappalien gegen das, was schon aus allen bürgerlichen Lagern bekannt geworden ist.

Wie aber hat sich sofort die Sozialdemokratie verhalten? Und wie die anderen? Das Zentrum hat in den Fällen Höfle und Lange-Hegemann ohne Verzug eingegriffen; außer ihm aber in der fruchtbarsten Weise allein die Sozialdemokratie. Bauer hat unverzüglich sein Mandat niederlegen müssen; er ist nach einer dreijährigen ehrenvollen und arbeitsreichen politischen Tätigkeit von der Partei einer Strafe ausgehört worden, die furchtbarer und schlimmer als irgend eine Haftstrafe ist. Wie haben die Deutschnationalen gegen den bewußten Steuerbetrüger van der Kerkhoff gehandelt? Die Sozialdemokratie hat weiter auf gründlichste und rücksichtslose Unterjochung aller Stände oder Beschuldigungen gedrängt, sie hat den Untersuchungsanschlüssen in jeder Weise die Hilfe geleistet, die notwendig ist, um Klarheit

zu schaffen und Uebel auszurotten, wo immer sie sich zeigen. Wir sagen es ganz offen heraus: wenn innerhalb der sogenannten nationalen Parteien alle Männer in öffentlichen Stellungen beseitigt werden sollten, die ähnlich es sich haben zuschulden kommen lassen, wie der Sozialdemokrat Bauer, es müßte eine Demagogisierung stattfinden. Während der letzten Jahre sind im deutschen Geschäftsleben tausende, wenn nicht zehntausende von Handlungen vollzogen worden, die turmhoch über das hinausreichen, was man Bauer zur Last legen konnte. Es ist eine bodenlose Heuchelei, wenn man gerade in bürgerlichen Kreisen in moralischer Entrüstung macht. Es ist auch bisher in keinem Falle nachgewiesen worden, daß Bauer noch ein anderer Sozialdemokrat in seiner amtlichen Stellung die Hand zu unlauteren Manipulationen gereicht hat; aber, selbst wenn sich einer oder wenige solcher Fälle nachweisen lassen sollten, ist der Mißbrauch der Amtstellung etwa eine Neuerfindung? Oder dimmelt nicht vielmehr gerade die Zeit des alten Regiments von solchen Skandalen?

In der Zeitperiode, wo, wie doch nachgewiesen werden kann und schon zahlreich genug nachgewiesen worden ist, das Volk und der Staat um viele tausende von Millionen betrogen und bestohlen worden sind, wegen ein paar Liebespapiere und selbst wegen einiger tausend Dollar oder Gulden einen solchen Hüllenlärm machen, das hat nichts, aber auch gar nichts damit zu tun, eine Reinigung herbeizuführen zu wollen, sondern diese Aktion in der Aufmachung dient ausschließlich politischen Zwecken, und zwar denen der Konterrevolution. Wir hoffen aber, daß, nachdem einmal die „Reinigung“ begonnen hat, um die deutsche Arbeiterbewegung in Ohnmacht zu schlagen, nunmehr die Reinigungskur fortgesetzt wird und daß der Reichstag gezwungen wird, fortzuführen in der Untersuchung. Wir werden sehr schnell erleben, wie emsig gerade die deutschnationalen und volksparteilichen Fraktionen bremsen werden. Man merkt bereits jetzt schon die ersten bänglichen Versuche.

Die sogenannten nationalen Parteien und ihre mit dem Gelde der Schwerindustrie belastete Presse haben einen Kampf entfacht, den rücksichtslos fortzusetzen die Sozialdemokratie hoffentlich nicht verfehlen wird. Aber wir werden erleben, nachdem nunmehr die Bürgerblockregierung im Reiche etabliert ist und in Preußen vielleicht ähnliche Wünsche demnachst in Erfüllung gehen und, wenn erst im Mai die Wahl des Reichspräsidenten entschieden ist, weder die Deutschnationalen noch die Deutsche Volkspartei auch nur ein Interesse daran haben, die „Reinigung“ fortzusetzen. Wenn die Volksmassen, die abermals das elend betrogene Opfer der bürgerlichen Presse und der heuchlerischen, verlogenen und infamen nationalpolitischen Hege werden sollen, auf das Riesenmanöver herein gefallen sind, dann wird die Ruhe im bürgerlichen Blätterwalde einkehren. Und wenn die Kommunisten, die sich der täglichen wüßtesten Stände in ihren eigenen Reihen kaum noch erwehren können, ebenfalls sehen, daß auch ihre Zuhälterdienste für die politische Reaktion und für das Unternehmertum doch nicht zur Vernichtung der Sozialdemokratie führen, werden auch ihre Vätermäuler zur Ruhe kommen. Daß übrigens ausgerechnet die SPD, die Partei, die ihr Dasein materiell ausschließlich durch Ansummen fristet, die bolschewistischen Machthaber täglich dem armen und hungernden russischen Volke stehlen, um damit „weltrevolutionäre“ Propaganda zu treiben, mit als die moralisch Entrüsteten sich aufspielen, das paßt ausgezeichnet zu dem Treiben der Konterrevolutionäre.

Die Sozialdemokratie wird auch dieses Riesenmanöver der Feinde der Republik und der Demokratie überwinden. Möglich, daß aus ihren Reihen noch der eine oder andere dabei fällt. Aber drüben werden im weiteren Verlaufe dieser Campaigne die Leichenhaufenweise liegen, sofern die Partei und die Reichstagsfraktion auf die grundsätzliche Durchführung der „Reinigungskur“ dringt.

Nachstehend lassen wir bürgerliche Pressestimmen aus der anständigeren bürgerlichen Presse folgen, wobei wir allerdings die „Badsche Presse“ keineswegs in die wirklich anständige Presse einrangieren haben wollen, sondern dieses Blatt aus einem bestimmten Grunde gütiger, über den vielleicht später näher zu sprechen sein wird:

Der Bericht auf das Reichstagsmandat durch den bisherigen Abgeordneten Bauer gibt der demokratischen „Völkischen Zeitung“ zu folgenden Kommentaren Anlass:

Der Bericht des Prüfungsausschusses der sozialdemokratischen Partei hat erheblich dazu beigetragen, die widerwärtige Lage wenigstens dahin zu klären, daß die Defizitlastigkeit nicht, daß Männer, denen die wirklich ernsthafte Anstellung erheben werden, ohne Ansehen der Person den Preis dafür zahlen müssen, daß die Defizitlastigkeit und Wahrscheinlichkeit die ausfallenden Eigenschaften sind, auf denen sich die Laufbahnen eines Vertreters des Demos gründen muß. ...

Reihe angesehener deutschnationaler Persönlichkeiten

von Barma solche Liebesgabenpakete erhalten und beschnitten haben. Die „reife“ der Gewährung der „Berliner Börse“ ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß die Tochter des Mannes, die Jahre 1922 eine längere Reise auf Kosten Barma's nach der Schweiz gemacht haben ist, damals 2 Jahre alt war und überhaupt nicht nach der Schweiz gereist ist. ...

Das energische Zugreifen der Sozialdemokratie anerkannt

Das führende badische Zentrumblatt, der „Badische Beobachter“, schreibt in einer Betrachtung der Berliner Finanzsüdwahl: Wir sind weit davon entfernt, irgend etwas von dem zu befürchten oder zu verschweigen, was täglich an Skandalen und Schandebenen guttore gefördert wird. ...

Der Hintergrund der nationalistischen Barmahehe

In einem, die „Reinigungskur“ überschriebenen Artikel befaßt sich das „Berliner Tageblatt“ eingehend mit den Verhältnissen und Kräften, die hinter der Barmahehe gegen die Sozialdemokratie stehen. Es heißt da: Die deutschnationale Presse arbeitet in allen Schattierungen gleich einer Propagandamaschine. ...

anderen Bundes einbringen kann, als die Regierungen Marx und Bismarck. Die zweite Aufgabe besteht darin, über die Barma- und Aufsichtsborgänge ein sachliches Geschick und einen sachlichen Standpunkt zu erheben, daß das Publikum alles andere vergißt. ...

Im das Letzte vorwegzunehmen: die Schwerindustrie hat es verstanden, aus dem Ruhrkrieg, der die Wägen in den Abgrund und damit Millionen von Menschen in Not und Elend stürzte, ein riesiges Geschäft zu machen. Das war zur Zeit, als Herr Beder, der mit der Schwerindustrie geschäftlich verknüpft und verknüpft war, das Reichswirtschaftsministerium und Herr Sawenstein die Reichsbank leitete. ...

Das sind gegenüber diesen Geldern, die in die Geldmilchkanäle gehen und die das Reich an einige wenige Großkapitalisten verschickt hat, die Millionen, die sich die Barma und Aufsicht durch Kredite zu verschaffen gewußt haben? Ein Nichts? ...

Erläuterungen zur Barma-Affäre

Der deutschnationale Berliner „Lokal-Anzeiger“ hat u. a. die Behauptung aufgestellt, daß Genosse Wels bei dem Genossen Wiffell als Wirtschaftskommissar im Jahre 1919 den Antrag auf Bestellung eines Monopol für Arbeiterleistung an Barma gestellt hätte und dieser Antrag abgelehnt worden sei. ...

Nachdem dieser beiden Behauptungen erhalten wir einige Zuschriften. Der Genosse Wiffell teilt uns mit, daß er an den Vorarbeiten des Preussischen Untersuchungsausschusses folgenden Brief gerichtet hat:

Sehr geehrter Herr! Von einer zehnjährigen Sitzung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik nach Berlin zurückgekehrt, finde ich in der gestrigen Tagespresse die Anzeige des Kriminalkommissars Klinghammer vor dem Barma-Antrag dahingehend, ich habe über den Kopf des Ein- und Ausfuhrkommissars hinweg Barma Einfluß erlangt und -- das läßt der Bericht nicht klar erkennen -- auch wohl eine Ausfuhrerlaubnis für Drudpapier erteilt. ...

Abdruck eines heute von mir an den Herrn Reichskanzler gerichteten Schreibens füge ich bei. gez. Wiffell.

Der preussische Landtagsabgeordnete Genosse Paul Dirck hat unter dem 6. Februar an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtags Dr. Leibig, folgenden Brief gerichtet:

Nach den Berichten der Tagespresse hat der Kommunistische Stadtrat S. I. in der Donnerstag-Sitzung der Berliner Stadl-berordneterversammlung behauptet, bei dem Barma-Affäre befände sich eine Leistung von mir über 50 000 M. Ich habe demgegenüber in der Presse erklärt, daß ich von Herrn Barma oder einem seiner Konzerne keinerlei Geld erhalten habe. ...

Gleichzeitig hat Genosse Wiffell in einem Brief an den letzten Reichskanzler den Antrag gestellt, das Ansehen unge- ...

Eine weitere Zuschrift erhalten wir von dem Genossen Wels: Der „Lokal-Anzeiger“ kommt erneut auf die von mir abge- ...

Als ich am 24. Januar zum erstenmal in der „Berliner Völkischen Zeitung“ diese Behauptung las, habe ich mich sofort mit Wiffell telegraphisch verbinden lassen und ihm den betreffenden Sach vorgelesen. Wiffell erklärte sofort, diese Behauptung sei unrichtig. Er wolle sofort zu mir ins Büro kommen, um die Frage zu besprechen. ...

Was war das etwa Mitte Mai 1919 für eine Situation in Deutschland? Die Lage bestand noch. Die Bevölkerung war von allem enttäuscht. ...

Die größte Gefahr, die dem Volk und dem Staat damals drohte, war eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit. ...

Wie ich die Barma-Affäre behandle mußte, die Arbeiterfrage durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit zur Ruhe und Gelassenheit zu bringen. ...

Beförderungsmethoden der Reichsbahnredaktion

Man schreibt uns: Wenn es irgend ein charakteristisches Merkmal für den Zug unserer gerechtigkeitsliebenden Zeit gibt, so ist es die Art und Weise, wie man die Beförderung der letzten Eisenbahnposten vorgenommen hat. ...

Die Reichsbahnredaktion wollte nun die vorhandenen 40 Inspektorenstellen nach dieser Rangdienstleistungsliste vergeben. ...

Aber welche Einsätze für die Beförderung dieser 12 Beamten bestimmend waren, das wissen die Späher von dem Dohren! ...

Das Aufwertungsproblem

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Berlin, 5. Febr. 1925.

Die Millionen der Gläubiger und Sparer, die ihre großen oder kleinen Barvermögen durch die Geldentwertung verloren haben, blicken mit fiebernder Spannung auf den neuen Reichstag. Von ihm erwarten sie eine Neuregelung der Aufwertungsfrage, die ihnen ganz oder zum größeren Teil das zurückgegebene soll, was die Inflation ihnen genommen hat. Diese Hoffnungen stützen sich auf die weitgehenden Versprechungen, die den Gläubigern und Sparern von den Rechtsparteien schon bei den Wahlen des vorigen Jahres, noch hemmungslos aber bei den Dezemberwahlen gemacht worden sind. Besonders die Deutschnationalen, in edlem Wettstreit mit ihnen aber auch die Völkischen, die Volksparteier und die Wirtschaftsparteier, empfahlen sich als die einzigen wahrhaftigen Freunde der verarmten Opfer der Währungskatastrophe und schwärzten die Sozialdemokratie als die gefühllose Partei an, die talherzig die hungernden Kleintrentner untergehen lassen wollte.

Diese Darstellung entsprach zwar der Wahrheit genau so wenig, wie die sonstigen Schmähungen und Verdächtigungen, denen die Sozialdemokratie bei den Rechtsparteien tagtäglich ausgesetzt ist. Aber sie tat ihre Wirkung. Die auf eine Wiederherstellung ihrer Vermögensanteile hoffenden armen Teufel gingen in ihrer großen Mehrheit der Rechten ins Garn. Die Deutschnationalen hatten es vor allem den Stimmen der leidiggläubigen Gläubiger zu verdanken, daß sie trotz ihrer außerpolitischen Demagogie bei den Dezemberwahlen ihren Besitzstand zu wahren vermochten. In ihrer verantwortungslosen Demagogie versprochen sie volle Aufwertung aller Schuldforderungen und stellten in Aussicht, daß diese ganze Aufgabe im Handumdrehen gelöst sein werde, wenn sie nur erst einmal in der Regierung wären. Sie spannten die Gläubiger- und Sparerverbände vor ihren Karren, nahmen davon Führer auf ihre Wahllochstühle und bestärkten damit die Masse der Inflationsopfer in der Überzeugung, daß es wirklich nur der Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung bedürfte, um sofort ihre Hoffnungen in Erfüllung gehen zu lassen. Parte der deutschnationale Führer hergt im Reichstag doch einmal ausgerufen, daß der Aufwertungsgeheimniswurf am ersten Tage der Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung dem Reichstage vorgelegt werde.

Nun sind die Deutschnationalen seit Wochen maßgebend in der Reichsregierung vertreten. Der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister stehen auf ihrem Boden, der Reichsminister und der Reichsjustizminister, ein Mann vom äußersten rechten Zentrumsflügel, stehen ihnen sehr nahe. Die Beschäftigung mit der Aufwertungsfrage hat aber bei der Deutschnationalen Partei wie bei der Regierung bis jetzt nichts weiter gezeitigt, als eine grenzenlose Verlegenheit. Nicht einen Gesetzentwurf zur Regelung der Aufwertung hat die deutschnationale Regierungspartei dem Reichstag vorgelegt, sondern nur ein ganz bescheidenes Gesetzchen, worauf die Notverordnung des 4. Dezember 1924 über die Aufwertung aufgehoben werden sollte. Als aber dieses Gesetzchen auf Drängen der Sozialdemokraten zur Verhandlung kam, lehnten die Deutschnationalen ihren eigenen Antrag ab! Eine krassere Selbstentlarvung ist im parlamentarischen Leben kaum einmal vorgekommen.

Statt mit dem versprochenen Gesetzentwurf hat die deutschnationale Regierung dem Reichstag mit einem langweiligen Denkschrift über die Aufwertungsfrage beehrt. In drei Wochen soll auf die Denkschrift endlich ein Gesetzesentwurf folgen. Entspricht diese Vorlage auch nur annähernd den in der Denkschrift vertretenen Auffassungen, so wird es bei den Gläubigern und Sparern ein bitteres Erwachen geben.

Einstweilen hat die Regierung nicht den Mut aufgebracht, zu den Auffassungen der Denkschrift zu stehen. Sie hat ihr den Titel Referentenentwurf einer Denkschrift über die Aufwertung gegeben. Da es aber nie üblich war, daß die Referenten eines Ministeriums in grundsätzlichen gesetzgeberischen Fragen auf eigene Faust den Reichstag mit Material und Vorschlägen versehen, da ein solches Verfahren auch nicht mit der Reichsverfassung zu vereinbaren wäre, muß die Regierung, ob sie will oder nicht, die Verantwortung für die Denkschrift übernehmen.

Gewiß ist die Denkschrift, die auf 54 Seiten alle Einzelheiten des schwierigen und komplizierten Aufwertungsproblems durchspricht, sehr lehrreich, nennigleich in einigen Punkten noch Ergänzungen des beigebrachten Tatsachenmaterials notwendig sind. Nur lassen sich die Ergebnisse, zu denen sie kommt, nicht im entferntesten in Einklang bringen mit den Hoffnungen, die von den Deutschnationalen bei den Gläubigern und Sparern geweckt worden sind. Sie bleiben noch wesentlich zurück hinter den Vorschlägen, die wir Sozialdemokraten gemacht haben.

Es war überhaupt eine grobe Irreführung der Wähler, wenn die Rechtsparteien behaupteten, die Sozialdemokratie sei Gegnerin aller Aufwertungsbestrebungen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Gegenteil schon im Februar 1924, sofort nach dem Erscheinen der 3. Steuernotverordnung, in einer Reihe von Anträgen wesentliche Verbesserungen der in dieser Verordnung enthaltenen Aufwertungsbestimmungen verlangt. Sie hat dann später, im Juli 1924, auch Vorschläge für eine begrenzte, von sozialen Gesichtspunkten getragene Wiederaufnahme des Zinsendienstes der öffentlichen Anleihen gemacht. So sehr sich die Sozialdemokratie angeht der ungeheuren wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Tragweite des Aufwertungsproblems gehütet hat, unerfüllbare Versprechungen zu machen, so hat sie doch die vom Kabinett Marx-Strösemann-Luther mit der 3. Steuernotverordnung gefundene Lösung für unzulänglich und unhalbar gefunden. Auch der Standpunkt der Denkschrift kann in einer Reihe von wichtigen Einzelheiten, über die noch besonders zu sprechen sein wird, von uns nicht geteilt werden.

So macht sich z. B. die Denkschrift in der Frage, ob eine Erhöhung des Aufwertungsmaßes von 15 Proz. bei Hypotheken, Schuldverschreibungen und ähnlichen Schuldtiteln möglich ist, viel zu sehr den eigennützigen Standpunkt der Spitzenverbände von Industrie, Handel, Banken, Handwerk und Landwirtschaft zu eigen, der jede erhöhte Aufwertung ablehnt. Das selbständige Unternehmertum hat noch stets, wenn ihm Opfer zugemutet wurden — denken wir an die Kämpfe um die Steuern, die Löhne, den Arbeiterschutz, die Sozialpolitik — in allen Tonarten seine völlige Leistungsfähigkeit beteuert. Wäre da das Unternehmertum tatsächlich so leistungsschwach, wie es jetzt in seinem Kampfe gegen die Gläubiger erscheinen möchte, dann hätte es sich die Millionen sparen sollen, die es den Aufwertungsdemagogen in der letzten Wahl zur Verfügung gestellt hat, damit sie die Gläubiger hinter sich führen konnten. Das Unternehmertum in Industrie, Handel und Landwirtschaft hat im allgemeinen von der Zerkünder der deutschen Währung so große Vorteile gehabt, daß es erheblich mehr als ihm die 3. Steuernotverordnung zumutet, zugunsten der verarmten Gläubiger leisten kann, ohne daß deshalb die Verbraucherschicht in Mitleidenschaft gezogen oder die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland unterbunden werden müßte. Ebenso starke Einwendungen sind gegen andere Punkte der Denkschrift zu erheben, die noch besonders zu behandeln sind.

Sozial scheint heute aber schon festzustehen, daß es den Millionen von Gläubigern und Sparern, die ihre Hoffnungen auf die Deutschnationalen gesetzt haben, wie Schuppen von den Augen fallen wird, wenn die von den Spitzenverbänden des Unternehmertums beeinflusste deutschnationale Regierung mit ihrer Gesetzesvorlage vor die Öffentlichkeit tritt.

„Volks-Partei“

- In der „Volks-Zeitung“ schreibt Procurotor:
- Fürst v. Bismarck
 - Graf v. Eulenburg-Gallungen
 - Graf v. Helldorf
 - Graf v. d. Schulenburg
 - Graf v. Merfeldt
 - Graf v. Gernier
 - Herr v. Freytag-Loringhoven
 - Herr v. Stauffenberg
 - Herr v. Rüdiger
 - Herr v. Mirbach
 - v. Balduin
 - v. Gersdorf
 - v. Lehmann
 - v. Trese
 - v. Winterfeld
 - v. d. Osten
 - v. Müller
 - v. Kries
 - v. Mohr
 - v. Vinbeiner
 - v. Kemnitz
 - v. Reudell
 - v. Sperber
 - v. Demitz
 - v. Goldacker
 - v. Tirpitz
 - v. Tzander
 - v. Dittfurth
 - v. Tilling
 - v. Neuenberg.

Ein Fürst, fünf bis sechs und zwei volle Dutzend Barone und Ritter. Ist das vielleicht der Offiziersstand einer kaiserlichen Garde-Regiments oder eine Vertreterversammlung der brandenburgisch-preussischen Adelsgenossenschaft? Oder sind es etwa die Mitglieder einigigen erlauchten Herrenhauses? Mit nicht! Dieser feudale Katalog gibt lediglich eine kleine Auswahl der von deutschen Wählern am 7. Dezember als Kandidaten der Deutschnationalen in die Parlamente gewählten Herren. Daher der Name **Volks-Partei**. Oder vielmehr: weil das Volk am 9. November 1918 die Guillotine nicht spielen ließ, kann die feudale Reaktion wieder die Banquetliste zeigen.

Aus dem Freistaat Baden Kommunistische Dreckschleuder

Die geistige Armut der kommunistischen Strategie und Taktik ist längst offensichtlich. Man soll die Arbeitermassen für den von Moskau befohlenen Gewaltstreich marschbereit machen. Mangel geistiger Argumente verhilft man aber immer wieder auf den alten Trick, durch sich u f t e u m d u n g der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterführer das Vertrauen der Massen zu zerstören, um im gegebenen Augenblick die führerlose Masse nach der Moskauer Pfeife tanzen zu lassen. Diese notorischen Verleumdungen merken in ihrer Zummtheit gar nicht, wie lächerlich sie sich bei jedem normal denkenden Menschen mit ihrem ewigen Gezeiter über die sozialdemokratischen „Vongern“ machen. Denn jedermann weiß doch, daß, wenn in irgend einer Partei, so in der kommunistischen das herrihlt, was man als **Vongern** bezeichnet. Denn in keiner anderen Partei ist es denkbar, daß sich solche Anführer finden, die als Abgeordnete unterkritisch erklären, daß sie keinerlei selbständige Meinung haben, sondern „alle Beschlüsse der Parteizentrale, (also nicht etwa der kommunistischen Arbeiter, sondern lediglich der Vongern) der K.P.D. ausführen und sich in allen Handlungen und ihrer Betätigung diesen Beschlüssen unterordnen.“

Nun sind die Kommunisten des Bad. Landtages in der letzten Zeit des öfteren etwas ins Gedränge gekommen. Begreiflich, nachdem ihnen durch die Anwesenheit des Herrn **Boch** das Gehirn fehlt. Dafür bemüht sich das kommunistische Landtagsbüro umso mehr, in der Anwendung der Dreckschleuder den Weltrekord zu erreichen. In Nr. 26 und Nr. 27 der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ wird zunächst der Versuch gemacht, den kommunistischen Verleumdungen, um dann der Reihe nach die Genossen **Küder**, **Kemmel**, **Marum** und **Maier** anzupöbeln. Insbesondere hat es dem notorischen Ver-

leumderorgan der Genosse **Emil Maier** aus Heidelberg angefallen, dem sie mangels anderen Materials wieder einmal seinen Arbeitslohn und weiter eine Reihe von Aufsichtsratsrüfen vorwerfen. Daß dabei die Behauptungen zum Teil glatt aus den Fingern gezogen werden und daß gelogen wird, daß sich die Balken biegen, ist bei der bekannnten „ritterlichen“ Kampfweise der Kommunisten nicht verwunderlich. Maier ist, so heißt es in dem Schwindelartikel der „Arbeiterzeitung“ — Aufsichtsrat im Großkraftwerk, Aufsichtsrat bei der Bad. Kraftwagenverkehrs-Gesellschaft bezieht mindestens ein Monatsinkommen von 1200 M.

Alle drei Behauptungen sind aus den Financern gezogen und erlogen. Wir haben aber gar keine Scheu davor, Vergangenheit und Gegenwart des Genossen Maier der badischen Arbeitererschaft ganz offen darzutun, dann kann sie sehen, wer vor der öffentlichen Kritik bestehen kann: der sozialdemokratische Parteigenosse oder der kommunistische Verleumder! Unser Genosse Emil Maier ist seit dem Jahre 1893, also seit seinem 17. Lebensjahre, politisch und gewerkschaftlich organisiert und seit mehr denn 25 Jahren kämpft er in der vordersten Linie des klassenbewußten Proletariats mit. Diese Tätigkeit brachte ihm als Arbeiter **Maier** Regelung und Arbeitslosigkeit, als Redakteur eines Arbeiterblattes **Geld- und Gefährnisstrafen**, wozu letztere ihn sogar in der Militärtaumtrole in den Krieg mitgehen wurden. Sein Einkommen in seiner jetzigen Stellung als Direktor des von ihm auch mit Zustimmung der Heidelberger Kommunisten ausgebauten Stadt. Wirtschaftsamt (jetzt Sozialindustrie) beträgt nicht mindestens 1200 M. monatlich, sondern kaum die Hälfte. Soll übrigens ein Sozialdemokrat einen tariflich festgelegten Lohn nicht annehmen dürfen, sondern den Kollegen gegenüber als Lohnrücker und Streifbrücker auftreten? Weiß die „Arbeiterzeitung“ nichts von der Höhe der Reichstagsdiäten, welche auch die kommunistischen Abgeordneten noch nie zurückgewiesen haben? Ihre Verleumdungen wissen ganz genau, daß gerade der Genosse Maier, obwohl er städt. Beamter ist, für seine Landtagsdiäten **Feine n U r l a u b** nimmt, sondern abends und Sonntags seine beruflichen Arbeiten nachholt. Weshalb also gerade er auf seine Landtagsdiäten verzichten sollte, wäre nicht begründlich, selbst wenn ein solcher Bericht gesehlich zulässig wäre.

Über Maier ist Aufsichtsrat in verschiedenen Gesellschaften! Gewiß: beim Badenwerk, bei der Heidelberger Straßenbahn als Delegierter des Stadtrats, in der Bauerngenossenschaft für Volks- und Arbeiterheimstätten, in der Stroheneinfuhrgenossenschaft Heidelberg, in der Heidelberger „Volkszeitung“, also bei lauter Gesellschaften, wo es zwar Arbeit und Verantwortung, aber keine Tantiemen gibt. Dies alles weiß die „Arbeiterzeitung“ sehr gut, ja sie weiß auch, daß gerade dem Genossen Maier gegenüber noch nie der Versuch unternommen wurde, seine Unberücksichtigung anzugehen. Wenn sie also trotzdem darauf losläßt und verleumdet, dann erfüllt sie eben den einigens erwähnten von Moskau erhaltenen Befehl.

Arme Menschen, die einem so erbärmlichen Sandwurz nachgehen müssen!

Der Ausbau der Fortbildungsschule

In Heidelberg fand letzte Tage eine überaus stark besuchte Versammlung der Fortbildungsschullehrer und Fortbildungsschullehrerinnen Nordbadens statt, zu der als Vertreter des badischen Unterrichtsministeriums der Leiter des badischen Fortbildungsschulwesens Regierungsrat **M. Walter**, verschiedene Kreisräte und Schulpfektoren erschienen waren. Regierungsrat **Walter** bemerkte in seiner Ansprache, die badische Fortbildungsschule habe auch von höchster Seite ihre Würdigung darin gefunden, daß der Unterrichtsminister Staatspräsident **Dr. Dellpach** sie bei seiner Neujahrsansprache als die größte erzieherische Tat seit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht bezeichnete. Der Ausbau der Fortbildungsschule gehe richtig vorwärts. Die Ausbildung der Fortbildungsschullehrerinnen könne den Anforderungen nicht mehr nachkommen, so daß am 1. Mai d. J. in dem neuen Haushaltungslehrentinnen-Seminar (früheres Seminar 1) in Karlsruhe ein Doppelkurs beginnen müsse. Auf Mitte Juni ist wieder ein Kurs zur Ausbildung von Fortbildungsschullehrern angelegt. Die in Aussicht gestellte Schulordnung wird Mitte Februar zur Begutachtung herausgegeben werden. Im Laufe des Sommers wird dann das neue Mädchenfortbildungsschulleben herauskommen, worauf die Bearbeitung des Lebensbuches für die Anabenfortbildungsschule in Angriff genommen werden soll.

Im Verlaufe der Versammlung sprach Fortbildungsschullehrerin **Liese Gramm** in Heidelberg über das Thema „Lehrer-ausgänge in der Mädchenfortbildungsschule“. Die Rednerin wies darauf hin, daß diese Lehrausgänge in Fabriken, Anstalten, Sammlungen, Gefangenenlagern usw. nicht immer das richtige Verhältnis bei der Bevölkerung finden und doch seien sie vorzügliche Mittel zur Bildung des Gemeinbewußtseins. Sie zeigen der Landjugend die aufreibende Arbeit des Fabrikarbeiters und der Stadtjugend die anstrengende Arbeit des Landmannes.

Gemeindedepotitit Bürgermeister-Konferenz

Wienbach. Am letzten Sonntag nachmittag fanden sich hier im „Raldhorn“ die Bürgermeister des Amtsbezirks Eßlingen, zusammen. Nach Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Der Antrag des Verbandes badischer Gemeinden vom 20. 12. 24, in dem die **Abgabe von Laubstreuen** ohne Anrechnung auf den Viehsatz verlangt wird, wird aufgegeben und unterläßt. 2. Es sollen von zuständiger Seite Schritte unternommen werden, daß das Rechnungsjahr wieder auf 1. Januar verlegt wird. 3. Einflimmig wurde beschlossen, dem **Wohnungsbauminister** die freie Verfügung zu geben und kein Mittel unversucht zu lassen, diese bei der Regierung durchzusetzen, da die Wohnungsbauminister für unsere Gemeinden keinen Sinn mehr hat. (1) Selbstverständlich müßte im gleichen Moment auch die Aufhebung einer Gebäudebesondersteuer angestrebt werden, die auf dem ländlichen Mittelstand schwer lastet. Die Darlehen, die aus den Getreueissen der Gebäudebesondersteuer an die Bauherren gegeben werden können, müßten letzteren nicht viel, da die Darlehen in den meisten Fällen zu spät ausgezahlt wurden und zu geringfügig sind. 4. Allgemeine Mißbilligung fand die derzeitige Lebung der Finanzämter, wonach arme Landgemeinden, die nicht imstande sind, die ungeheuren Steuerlasten rechtzeitig abzutragen, 12% Zins bei Einbringung der Steuer zahlen müssen. — Alle diese Fragen sollen dem Verband badischer Gemeinden vorgelegt werden zur weiteren Befehlung.

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnankosti

24 Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

„Nachdem er einen langen, flachen Abhang hinangestiegen war, fühlte er sich vollständig ermüdet und setzte sich neben den Weg an den Grabenrand.“

„Es ist nun ein Jahr her,“ dachte er, „und mit Gewalt schlossen ihm die Tränen in die Augen. In einem Jahr kann man viel erleben, ein ganzes Leben.“ Er fühlte doch sich sein Leben schließlich auf ein Jahr beschränkt. „Ebenso mag es mit den Restitalos sein. Auch die haben in diesem Jahre viel durchgemacht. So ist das Menschenleben!“

Er hörte das Geräusch von Schritten auf dem Wege. — Dort kam Kimpiläinen, rotbäckig und gutgelaunt, lebhaft seinen weißen Stock schwingend.

In Mutelas Brust begann es zu klopfen.

„Weißt du es auch schon?“ kam es über ihn.

Kimpiläinen näherte sich.

„Der hat etwas Böses im Sinne,“ schloß Mutela, „da er den Mund so zusammenzieht!“

Kimpiläinen grüßte und sprach:

„Na, das ist ein schöner Frühling — da kann der Landmann zufrieden sein!“

„Jawohl — jawohl.“

„Und Sie sollen ja noch andern Anlaß zur Freude haben — ich wünsche Ihnen viel Glück dazu!“

Er entjann sich jedoch, daß er ein Tapaft war, und hielt an sich.

„Jawohl... Man braucht auch Arbeitskräfte — hier gibt es viel zu tun...“ versuchte er zu antworten, so gut er konnte.

„Du freistich, und umso angenehmer, wo's noch in den Jahren passiert. — Wie alt sind Sie denn schon?“

Mutela mußte fast lachen.

„Ich — erst in den mittleren Jahren — noch nicht mal volle siebzig!“

„Da gedenken Sie noch wohl lange zu läben.“ lachte Kimpiläinen. Er machte eine kleine Pause. — „Sie haben wohl früher keine Kinder gehabt — weil man keine sieht?“

Mutelas Blut begann wieder aufzuwallen, aber er beherrschte sich.

„Eine ganze Menge!“ erwiderte er, Kimpiläinen gerade in die Augen sehend. „Wenn sie noch am Leben wären, hätte es hier keine Not.“

„In schauderte — doch man dürfte einen Savolaxer nicht über einen Tapaften lachen lassen.“

„Damals in dem Hungerjahr — das Perzentleber — das hat viele Familien heimgemacht. — Es ist wohl hier nicht so schlimm gewesen?“

„Ne, ne,“ erwiderte Kimpiläinen, lachte auf und zwinkerte mit den Augen: das hatte ein Savolaxer immer gern, wenn einer nicht um Worte verlegen war! Er küßte den Hut und ging wohlgeleitend weiter.

Mutela aber versank in noch schwerere Gedanken.

XV.

Der Tag, an dem über die Tausende des Kindes Beschlüß gefaßt wurde, war für Mutela ein schrecklicher Tag. Zwei Menschen, die nichts miteinander zu schaffen hatten, sollten für immer durch die Bande von Vater und Sohn vereinigt werden.

Allerdings nur der Form nach — das wußte Mutela, und es hielt ihn aufrecht. Aber diese Bande waren furchtbar, denn sie waren unauf löslich. Und es betraf nicht nur ihn, sondern es war zugleich ein Betrug sowohl gegen die göttlichen als gegen die menschlichen Gesetze — die Unterdrückung einer Sündenfrucht im Namen der Ehe. Konnte er an diesem Betrug teilnehmen?

Als er jedoch die Not der alten Frau las: es ist ja sehr unrecht, aber helfen Sie uns doch, Mutela, um Gottes willen, dies zu einem Ende zu bringen — da überwand er seine Bedenken. Was lag an den äußeren Gesetzen, wenn nur das innere erfüllt wurde, und dessen Erfüllung war: Leiblich mit den Lebenden.

„Als Namen haben wir Kullaa gedacht...“ fügte die Frau lächelnd hinzu.

„Das ist gut gedacht,“ erwiderte Mutela. Er konnte nicht anders, er mußte der leidenden Frau zuhören.

Und so beruhigte er sich auch darüber.

In dem Tag aber, als das Kind nach Hause gebracht wurde, ergriff ihn von neuem die Angst — gewaltiger als je zuvor. Jetzt mußte er es sehen, es als Vater entgegennehmen, unter einem Dach, in einem Raum mit ihm leben, von Tag zu Tag, von Woche zu Woche... Wie konnte er dies ertragen...?

Restitalo kam zu ihm, bläß wie ein zum Tode Verurteilter.

„Soll ich wohl an die Bahn gehen?“ fragte er mit klagender Stimme.

Er wußte, daß seine Frage überflüssig war, doch war er selbst so unruhig, daß er wenigstens ein paar Worte mit Mutela wechseln mußte, um zu erforschen, in welcher Gemütsverfassung sich dieser befand.

„Geh du nur,“ erwiderte Mutela und versuchte mit dem Kopf zu nicken. Indes bemerkte Restitalo, daß er ganz in seine eigenen Gedanken versunken war und gleichwie außer seiner selbst sprach.

„Wenn ich sie noch mit Ehren nach Hause bringe!“ jensezte Restitalo.

Mutela versuchte sich im Hause eine kleine Arbeit zu machen, aber daraus wurde nichts. Er überließ sich immer wieder seinen Gedanken, und seine Angst wuchs von Minute zu Minute. — Er begab sich auf den Hof hinaus.

„Soll ich zu den Jungen auf die Brache gehen — oder vielleicht doch lieber in den Wald?“ überlegte er. „Hier kann ich nicht bleiben.“

Er ging, machte aber schon nach einigen Schritten Halt. „Was nicht das auch — ich muß sie ja doch sehen.“

Er begab sich in den Vorbau der guten Stube und setzte sich auf die Bank.

„Wenn ich getrennt wohnen könnte, in irgendeiner Hütte, und nur zur Arbeit hierher käme?“ Er begann eigens darüber nachzudenken.

Da ertönte, fernher vom Wind getragen, ein langer Pfiff. Mutela fuhr auf, wie wenn ihn etwas gestochen hätte. Jetzt kommt es — die Sünde und die Schande — lebend, atmend, sehend!

Es war ihm, als müsse er stehen und sich verbergen, und er rannte in die Stube. Dort begann er eilig umherzugehen — fühlte den Fußboden unter sich brennen und begann fast zu laufen. Dann blieb er plötzlich stehen.

„Jetzt steigen sie aus dem Zug. Alle blinzeln sich zu und lachen: guck, daß der „Vater“ sie nicht einmal abholt — hm!“

Er fühlte, daß er ersäde. — Hinaus!

Auf dem Hof angelangt, vernahm er einen zweiten Pfiff.

„Jetzt ist der Zug abgefahren — jetzt steigen sie auf den Wagen — jetzt kommen sie. — Weg, davon!“

Er machte sich auf, ohne daran zu denken, wohin. Zufällig bog er auf den Ufer des Sees führenden Weg ab und eilte auf diesem mit rasender Geschwindigkeit die Böschung hinab. Weg, weit weg, für immer!

Nach einer Weile hörte er hastige, laufende Schritte hinter sich — er fing auch selbst an zu laufen. Er bemerkte kaum, daß er das Ufer erreicht hatte, sah zwar das Wasser, weit vor sich, dachte aber nicht an Ertrinken noch an Tod, sondern nur an das eine: weg, weit weg! Ohne seine Geschwindigkeit in geringsten zu vermindern, lief er in den See und ließ im Wasser von dem leichten Ufer nach der Tiefe zu.

Da hörte er hinter sich einen Schrei und den Ruf: „Mutela, Mutela, um Gottes willen!“

Es war Hannas lebende, flehende Stimme. Er machte Halt, wie gefesselt. Keine andere Kraft als diese Stimme hätte ihn in dem Augenblick zurückhalten vermocht.

Er wandte sich um und sah das Mädchen bis an die Knöchel im Wasser stehen und ihm immer nachkommen.

Seine Gedanken gingen wirr durcheinander. Er winkte Hanna mit der Hand, sie solle zurückgehen, wußte jedoch nicht, was selbst tun, machte einige Schritte auf das Ufer zu, hielt aber wieder stehen.

Da bemerkte er dicht neben sich ein Boot. Er ging geradeaus auf das Boot, schaute darauf zu wie auf einen letzten rettenden Strohhalm, riß es mit einem Zuge ins Wasser, kürzte sich kopfüber hinein und griff nach den Rudern.

Hanna war ebenfalls dorthin gelaufen und bat: „Gehen Sie nicht, Mutela, gehen Sie nicht! Haben Sie noch diesmal Erbarmen. Gott wird helfen!“

Hannas Bitten und ihre Angst trafen ihn. Doch konnte er nichts sprechen, er deutete nur mit der Hand über die Schulter nach dem gegenüberliegenden Ufer. Dorthin wollte er — in die Wälder, weg, weit weg! Er begann so heftig zu rudern, daß das Wasser vorn an der Spitze brauste.

(Fortsetzung folgt.)

Moderne Polizeiausbildung in New York

Von Oberregierungsrat Dr. Dard, Karlsruhe (Baden)

Je wichtiger die Aufgaben der Polizei im Kampf gegen das internationale Verbrechen werden, je enger sich diese Aufgaben international berühren, desto stärker und begründeter ist der Wunsch jeder vorwärts strebenden Polizei, die Arbeitsmethoden und die Technik auch der anderen kennen zu lernen, um aus dem Vergleich die Förderung zu entnehmen, die zur besten Lösung der der Polizei obliegenden Kulturaufgaben beifähigt.

So enthält auch eine der letzten Nummern der neuen New Yorker Polizeizeitschrift „Police Magazine“ eine eingehende Beschreibung der Berliner Polizei, wobei der Verfasser dieser Polizei und zwar insbesondere der Organisation der Kriminalpolizei und der technischen Einrichtungen mit Worten unerschütterlichen Lobes gedenkt. In der gleichen Zeitschrift finden sich aber auch Besprechungen New Yorker Polizeieinrichtungen sowie Ausführungen über die Einstellung dieser Polizei gegenüber der Öffentlichkeit und insbesondere über die Ausbildung der Polizeibeamten, die wohl auch in Deutschland wieder besonders Interesse finden sollten.

Es sollen aus der erwähnten Nummer zunächst herausgegriffen werden die Ausführungen des New Yorker Polizeipräsidenten, Mr. Richard E. Enright über die Pflichten der Allgemeinheit gegenüber der Polizei.

Mr. Enright fordert einmal, jeder Bürger soll mitwirken, Verbrechen zu verhindern, und es folgen nun Ratsschläge und Anweisungen, die mit denen der in Deutschland bestehenden staatlichen Beratungsstellen gegen Einbruch und Diebstahl beinahe wörtlich übereinstimmen; z. B.: „Wenn du dein Haus verläßt, schließ die Tür nicht an, sondern lasse sie offen, und du im Wohnzimmer: Lasse keine Wertgegenstände im Hause, wenn du im Sommer verreist; Diebe können alle Häuser öffnen, wenn sie Zeit haben.“ Sodann die Mitwirkung des nicht unmittelbar betroffenen Bürgers bei der Verfolgung eines begangenen Verbrochens; die Schen, der Polizei Mitteilungen zu machen, trage viel dazu bei, daß eine Anzahl schwerer Straftaten nicht ermittelt werde; der Verbrecher sei ein Feind der menschlichen Gesellschaft und es sei Pflicht des Mitbürgers, freiwillig der Polizei Informationen zu geben und zu helfen, nicht aber bei Seite zu stehen und nur zu kritisieren. Ausführungen über Bürgerpflichten gegenüber der Polizei, die wohl auch in Deutschland beachtet werden! Denn der Polizeibeamte ist — auch in Deutschland — kein Kautschuk, wie Dr. Enright sich ausdrückt. Besonders beachtlich und interessant erscheinen mir aber die Ausführungen über die Heranbildung der jungen New Yorker Polizeibeamten, weil sie sehr viel Parallelen zur Polizeiausbildung auch in Deutschland geben. In einem Artikel von Mr. Warren James über die Ausbildung des jungen Polizeibeamten“ weist dieser amerikanische Beamte zu-

nächst darauf hin, daß man sich diese Ausbildung — sagen wir mal vor 25 Jahren — sehr einfach gemacht habe. Man suchte einen mutigen Mann und das sollte vielfach bis zu 100 Prozent genügen. Auf die Frage eines jungen New Yorker Polizeibeamten, wie er denn seiner Pflicht, den gegebenen Vorschriften auf der Straße Geltung zu verschaffen, nachkommen könne, ohne eine einzige dieser Vorschriften zu kennen, habe sein Vorgesetzter eine einzige dieser Vorschriften kennen, habe sein Vorgesetzter geantwortet: „Sind Sie nicht Polizeibeamter, wie ich auch? Warum dann grübeln? Gehen Sie, und versuchen Sie wie wir alle.“ Eine für den damaligen Vorgesetzten sehr bequeme Antwort. Es kam dann die Zeit, wo der junge Beamte zu lernen anfing, und wo gute Freunde ihn davor warnten, weil sonst die Vorgesetzten seinen Namen, er wolle sie verdrängen.

Der erste Versuch, die Polizeiausbildung zu verbessern, erfolgte durch Theodore Roosevelt als Polizeipräsident von New York, aber als seine Dienstperiode zu Ende ging, schloßen die Versuche wieder ein. Erst das Jahr 1913 brachte eine endgültige systematische Reform: Es wurde zur Aufgabe der New Yorker Polizeischulen gemacht, einmal das geeignete Material herauszufinden und herauszugeben, und sodann das ungeeignete Material schon auf der Schule abzuholen. Nun konnte man das hin streben, eine Polizei zu schaffen.

Die Polizeischule setzt eine Aufnahmeprüfung voraus; niemand kann diese Aufnahmeprüfung bestehen, ohne einen Vorkurs oder eine ähnliche Vorbereitung durchgemacht zu haben; eine höhere Schulbildung allein und ebenso auch Unversitätstudium nützen, wie Mr. W. James sagt, sehr wenig für das Bestehen dieser Vorprüfung. Der Vorkurs setzt besondere körperliche Leistungsfähigkeit voraus (die erste Körperprüfung ist die schwierigste) und bereitet körperlich und geistig auf das polizeiliche Aufnahmeprogramm vor. Die Prüfung selbst ist dann eine körperliche und geistige, bei der besondere Vorbereitungen für eine unparteiliche Beurteilung geschaffen sind. Nach der Heilung dieser Prüfung werden die Amdarter, als Polizeibeamte einberufen, eingekleidet und kommen auf die Polizeischule.

Die eigentliche Schulungsdauer beträgt 6 Monate festgelegt wurde, stellt außerordentliche Anforderungen an den jungen Polizeibeamten, dessen Möglichkeit, vorwärts zu kommen, einzig und allein von seiner Leistungsfähigkeit abhängt. Der Polizeischüler muß selber mit allen Kräften mitarbeiten, deshalb kann auch die Zahl der Lehrer relativ gering und die Schülerzahl in den Klassen — ebenfalls gegenüber deutschen Verhältnissen — relativ groß sein. Die wissenschaftlichen Lehrer müssen in der Lage sein, nicht nur in ihrem Gebiet, sondern auch nötigenfalls in anderen Gebieten zu unterrichten.

Außerdem wird eine kurze Betonung der Einheitslichkeit des Berufs. In den bisherigen Unterrichtsgegenständen hat der gegenwärtige Polizeipräsident Mr. Enright noch Kriminalpolizei hinzugefügt, wodurch die Dauer des Schuljahres um einen Monat verlängert wurde; besonders erwünscht sei, daß ein besonderer Unterrichtsgegenstand die Wechselwirkung von Kindern und Jugendlichen bildet.

Charakteristisch ist die frühe Verbindung des Schulunterrichts mit der Praxis: jeden Morgen nehmen die Polizeischüler an Vorführungen der Bestenommenen in den Polizeihauptstellen teil, und es wird ermahnt, daß sie behalten, was sie da hören. Dann wieder werden sie in Zivilkleidung paarweise in den Hauptverkehrsstraßen aufgestellt und müssen Aufzeichnungen machen darüber, was sie mit würden, wenn sie hier regelmäßig Dienst hätten usw.

Neben diesen praktischen Unterweisungen stehen auch Seminare vor, durch erfahrene Praktiker des Polizeiberufs. Einem wesentlichen Teil der Ausbildungsdauer der Polizeischüler, etwa die Hälfte der Tagesstunden, sind für körperliche Fortbildung und Polizeisport bestimmt, und es ist charakteristisch, wenn Mr. James hier darauf hinweist, daß naturgemäß die Polizeibeamten keine Soldaten seien, daß aber niemand die Lasten tragen könne, daß eben ein Polizeibeamter eine gewisse körperliche Ausbildung haben müsse. Denn je mehr Disziplin, je größer die Leistungsfähigkeit auch der Polizei.

Zum Schluß noch einige Worte über die Ausbildung im Fingerabdruckverfahren. Es ist selbstverständlich, daß der Polizeibeamte schon auf der Polizeischule lernt, auf den Fingerabdruck zu achten, ihn zu erheben und zu sichern. Es ist aber auch charakteristisch, daß der New Yorker Polizei systematisch dazu übergeht, in einer besonderen Schule diese Kenntnisse auch Polizeibeamten anderer amerikanischer Städte und Staaten zu vermitteln. Denn was man für die Fortbildung der Polizei im allgemeinen tut, kommt doch wieder der New Yorker Polizei zugute, ein Grundgedanke der New Yorker Polizeipräsidenten, der ja auch von den großen Polizeipräsidenten und Landespolizeidirektoren in Deutschland vertreten wird und der aus der sozialen und kulturellen Einwirkung jeder Polizei folgt, die über ihre engen Grenzen hinauswirkend, im Interesse der Allgemeinheit tätig sein will.

Kunst und Wissenschaft

Kunsthaus Sebald

Auf einer reizvoll vielbesprechend illustrierten Karte hat Karl Hubbuch zu seiner Ausstellung bei Sebald eingeladen. Bei der von gutem Geschmack diktierten Aufmachung der Kunstausstellung kann man über die außerordentliche technische Begabung des jungen Künstlers, vor allem über seine hochstehende zeichnerische Meisterhaftigkeit, er müßte seine große Eigenständigkeit und geistige Vermöglichkeit in jedem Maße. Der Alltagsreiz ist, ein vom Wind umgeworfener Bretterhaufen zeigt ihn, der „Artur“ zeigt ihm, seine Umgebung zeigt ihm an, Politik zeigt er auf dem Papier zu projizieren, Weltanschauungen, die er im Herdentrieb sich ausstrahlend wohnen, zwingt ihn zu einem Bräutertanz. Aus all den vielen Blättern spricht ein reicher Geist, ein heller Witz und vor allem läßt sich ein gewisser Abstand feststellen, den Hubbuch zu dem letzten Jahresfest uneres Erdenspielens gefunden hat. Im Leben wie in der Kunst. Nicht als schwacher, wankender Bohémist zeigt Hubbuch mit seiner geschickten Hand da, sondern ein Schaffener läßt Schätze auf einen eigenwilligen Charakter zu. Wesen, das Widriges der Welt, die Eigenart der Kunst, die Wesenheit mit besonderem Reiz. Doch der ganz einfache, tiefen Wesenheit ist auf diesen Blättern unendlich viel feigebalten. Hier die seine fantastische, selbsterfindende Kunstmittel, wie sie das Leben bietet, hat der Künstler sich einen eigenen Stil zu verschaffen. Mit ihm hält er den Geist, das Streben und das Sichausdrücken einer Zeit deutlich, oft witzig, geistreich überlegen, in einer wertvollen Form fest. Es ist wenigstens künstlerisch gelungen, aus diesem allgärtigen Stoffgebiet eine derartig scharf gezeichnete Prägnanz zu erreichen, wie dies Hubbuch möglich ist. Auch sonst sieht man sich gerne in der geschmackvollen Kunstaussammlung des Hauses Sebald um. Ein andermal mehr davon.

D. B.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 9. Februar
Geschichtskalender

9. Februar. 1789 *Cabelberger, Begründer der deutschen Schenografie, in München. — 1881 †Der russische Schriftsteller Theodor Ostrowski in Petersburg. — 1905 †Der Maler Adolf von Rensel in Berlin.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Bezirk Mühlburg. Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, im „Rheinanal“ sehr wichtige Vertrauensmänner-Tagung. Vollständiges Erscheinen sämtlicher Vertrauensleute dringen notwendig.

Bezirk Mittel- und Südweststadt. Mittwoch abends 8 Uhr im „Gambinus“ Parteiverammlung mit Vortrag des Gen. Dr. Lehmann über „Neue Menschen“. Wir erfragen die Mitglieder dringend, diese Vorträge zu besuchen.

Praktische Übungen im Arbeitsrecht. Heute Montag abends 8 Uhr findet im Handarbeitsaal der Debesstraße, Kreuzstraße, der dritte Vortrag des Gen. Dr. Lehmann statt. Der Redner wird heute das Thema: Arbeitsvertrag und Arbeitsrecht behandeln. Die bisherigen Teilnehmer an den Vorträgen werden ersucht, auf diesen Vortrag zu besuchen. Da der Vortrag in sich abgeschlossen ist, können auch Hörer an ihm teilnehmen, die den ersten Vorträgen nicht beigewohnt haben.

Vertrauensmänner-Verammlung

Auf gestern vormittag waren in der Saale des Kaffeehauses die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei zusammengetreten, um zu den aktuellen politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat hatte Reichstagsabgeordneter Schöpslin übernommen. Derselbe stellte in den Vorredegründen seiner Ausführungen die verschiedenen Parteien, die in letzter Zeit so sehr die Gemüter bewegten, in erster Linie die Sozialdemokratie, die gegenwärtig geradezu epideemisch grassiert. Der Redner gab eingehenden Aufschluß über die Entstehung und Entwicklung des Sozialismus, der auf dem kumpfigen Boden der ersten Nachkriegszeit gewachsen ist und auch darüber, wie prominente Persönlichkeiten aus unserer Partei mit ihm in Berührung gekommen sind. Man muß dabei die Gefahren und die Begleitumstände ins Auge fassen. Wie alle Umwälzungen, so hat auch der Zusammenbruch des Reiches nach dem verlorenen Krieg jeitliche Erschütterungen zeitigt, die sich als Stände auswirken. Aber gemessen an dem gigantischen Umfang des Weltkrieges und seiner Folgen sind wir mit dem, was in Wirklichkeit passiert ist, noch glimpflich davongekommen, wenn die Vorkommnisse an sich natürlich nicht zu entschuldigen sind, auch nicht damit, daß auch das Kaiserliche Deutschland nach dem 7. Jahre keine Ständebestrebungen (siehe Gründungszeitung) gehabt hat. Soweit heute unserer Partei dabei kompromittiert sind, so soll nichts verheimlicht oder vertuscht werden. Die Untersuchungsbehörden sollen rückwärts ohne Ansehen der Person ihres Amtes walten und ebenso sollen die Parteifunktionäre im gegebenen Falle ihre Konsequenzen ziehen. Wie sie es schon im Falle Bauer getan haben. Aber wenn die bürgerliche Rechtsprechung, besonders das „Karlsruher Tagblatt“, nicht mit großen Heberschritten in Entrüstung macht, und damit glauben machen will, als ob solche Dinge nur in der Republik passieren könnten, so wird sie damit Kundige nicht täuschen. Der Sozialdemokrat dieser Presse ist nur ein Teil einer groß angelegten Aktion mit dem Ziel des Sturzes des neuen Systems. Das geht schon daraus hervor, daß man nur wegen Bauer und den 1000 holländischen Provinzialgülden für Bauer gewaltige Unterstützung heuchelt, daneben aber den Hauptbestandteil der Reichsleubredung von 700 Millionen an die Industriellen veranlassen liebt. Aber die Herrschaften sollen nicht zu früh das Spiel als gewonnen betrachten. Unser Gegenstück wird einfallen. Es sind noch andere Mächte im Spiel, die solche, die nur mit uns gerupft werden können. Ein Teil der bürgerlichen Rechtsprechung hat in Anbetracht dessen den Posten schon um einige Meter zurückgelassen, wie z. B. die „Badische Presse“, die einen besseren Riecher hat, wie das von einem früheren Major redigierte „Karlsruher Tagblatt“.

Begleitend des Verhältnisses Bauers zu Bauer bemerkt der Redner, daß natürlich keine Rede davon sein könnte, daß Bauer während seiner Amtszeit als Reichsfunktionär in eigenmächtiger Weise mit Bauer Beziehungen gepflogen hätte. Die Barmat'schen Beziehungen sind als gerissene und waghalsige Geschäftsmänner von Holland aus nach Deutschland gekommen. Sie sind nach dem Vorbilde Strunz geworden, betrieben zunächst einen Fetthandel und wandten sich an einflußreiche Persönlichkeiten in der Regierung heran. Und wer sich der Zeit der Nachkriegsmittelnot 1918/19 noch erinnert, wird begreifen, warum die Regierungstellen die Geschäftsmänner eines Lebensmittelimporteurs begünstigten. Das einzige Vergehen Bauers besteht darin, daß er sich auf das Provinzialgeschäft mit den Barmat's eingelassen hat; als Privatmann hätte er das können, aber nicht als gewesener Reichsfunktionär.

Er ist das Opfer seiner Unerschrockenheit in geschäftlichen Dingen geworden. Eigentliche Korruption liegt bei ihm überhaupt nicht vor.

An den Vortrag schloß sich eine längere sachliche Diskussion an, an der sich etwa 9 Redner beteiligten. In derselben kam zum Ausdruck, daß keine Veranlassung besteht, unsere Reichstagsopposition anzugehen oder ihre Vertrauens zu entziehen. Mehrere Redner wandten sich sogar gegen das heuchlerische Geschweigen der bürgerlichen Rechtsprechung, insbesondere das „Karlsruher Tagblatt“, das die Vorkommnisse in erbärmlich unmaßvoller Weise politisch auszuschnitten sucht. Es wurde beklagt, daß nach viele Proletarier diese Presse lesen und deren Gift zum eigenen Schaden in sich aufnehmen. Ein Gewerkschaftsführer wandte sich auch scharf gegen den Kommunistenführer Bauer.

der im Stadtrat von „Barmat-Sozialisten“ sprach. Barmatgel, der habe dieser edle Herr ja nun allerdings noch nicht genommen, aber er habe heute noch mit dem Tabakarbeiterverband abzurechnen wegen Gelder, die er früher für seine Gewerkschaft vereinnahmte, aber bis heute abzuliefern verweigert. Der Herr sei dieserhalb schon verschiedentlich öffentlich angepöbel worden. Es gibt eben Leute, an denen alles aufgen glatt herunterläuft. Ein anderer Redner wünschte, daß die auf sozialistischem Boden stehenden Arbeiter im allgemeinen mehr Mut aufbringen sollten, parteifeindlich abgemessenen Redereien in Werkstatt und am Werkstück mitvoll entgegenzutreten. Das Schick der Partei ist rein und kann durch überhöllende Verleumdungen nicht beschmutzt werden. Auch in der Presse sei eine scharfe Sprache zur Abwehr am Platze. Nach einem kurzen Schlußworte des Referenten wurde die gutbesuchte Veranstaltung um 1/2 11 Uhr geschlossen.

Zu den Störungen in der Stromversorgung

schreibt uns das Städt. Elektrizitätswerk:

In letzter Zeit traten wiederholt Unterbrechungen in der Stromversorgung ein, von denen die am 23. Januar auf einen Kurzschluss im Elektrizitätswerk Karlsruhe, die vom 1. Februar auf eine momentane Überlastung des Fernleitungsnetzes und die am 6. Februar auf einen Kurzschluss in der Schaltanlage im Murgewerk zurückzuführen ist. Gegen derartige Ereignisse kann man sich beim Zusammenarbeiten mehrerer Stromerzeugungszentralen nicht schützen. Neben diesen sämtlichen Unterbrechungen in der Stromzufuhr konnte man vor 14 Tagen im Mittelstadtgebiet gerade zu Beginn der Beleuchtungsette ein Abnehmen der Leuchtkraft der Beleuchtungs-förderer und zweimal sogar eine Unterbrechung von einigen Sekunden Dauer feststellen. Diese Erscheinungen waren auf eine Überlastung des Kabelnetzes und der Stationen im vorgenannten Gebiet zurückzuführen. Maßnahmen zur Vermeidung dieser Störungen sind seitens der zuständigen Stellen eingeleitet worden.

Das Tragen von Abzeichen an der Helmholtz-Schule verboten

Die Helmholtz-Oberrealschule hier hat gemäß dem Erlass des Unterrichtsministers aufgrund einstimmigen Beschlusses der Lehrerschaft das Tragen irgendwelcher Abzeichen in der Schule rundweg verboten. Das ersichtliche Vergehen löste auch bei den Schülern der Anstalt ungeteilte Befriedigung aus.

Ein ganz Geschickter

Der Reichsbank-Präsident hat die Firma Otto Dinges, Kalkerei, Zuckerkonze in Karlsruhe-Mühlburg, Lamesstr. 23. Sie sucht in einem Inserat des „Karlsruher Tagblatt“ vom 29. Januar 1925 einen solchen lebhaften Mann, auch Renteneinpfänger für leichte Arbeit. Erforderlich ist eine Kauflust von 1000 M. Wer also bei Herrn Dinges arbeiten will, muß 1000 M. mitbringen. Von diesen 1000 M. will Herr Dinges zwei Rübse besorgen, die als „Sicherleistung der Kauflust“ dienen soll. Die angebotene leichte Arbeit besteht nun darin, daß der Arbeitnehmer eine Anzahl Riegen und die neugekauften zwei Rübse füttern und pflegen soll.

Man muß schon sagen, daß Herr Otto Dinges sein Handwerk versteht und sich würdig in die Reihe großer Vorbilder einreißt.

Der Kolombus-Film. Von der Weltausstellung in Wembley, wo uns England seine Macht und Größe zeigte, führten uns diese Woche die Badischen Lichtspiele an die Arbeitsstätten deutscher Wirtschaft. In dem Columbus-Film lernen wir die Entstehung dieses größten Dampfers der Welt im Aufbau befindlichen deutschen Handelsflotte vor seiner Kiellegung bis zum Stapellauf kennen und fahren mit ihm auf seiner ersten Reise von Bremen nach New York. Erst im Schema, in der Zeichnung, und dann in der Wirklichkeit sehen wir, wie der Kolos empordrückt, wie er endlich beim Stapellauf seinem Element, dem Wasser, übergeben wird, wie er verfolgt den Bau seiner Inneneinrichtung von der Schraubenschraube bis zur Luxuskabine. Wunder der Technik, deutschen Gewerbetreibers, deutscher Kunst lernen wir da kennen; geschmackvoll, gebieterisch, behäuflich und gemütlich ist alles eingerichtet. Mit Stauern behaftet man die riesigen Einrichtungen zur Verfrachtung der Passagiere und Besatzung, die gewaltigen Rührräume, den großen Küchenapparat, und nicht mindere Bewunderung erregen die maschinellen Anlagen von den Delfesseln an bis zu den Unterwasserpropellern, dem Kreislaufwerk, den Turbinenanlagen. Einzig schöne Meeresbilder stehen am Auge vorüber; wir sehen weiter, wie sich die Passagiere an Bord die Zeit während der Überfahrt vertreiben, wir gehen mit ihnen in New York an Land. Und zum Schluß sieht ein Stück der modernen Riesenschiffstadt am Ufer vorüber, die Wolkenträger, der Riesenverkehr, das größte Hotel der Welt, in dem 5000 Gäste beherbergt und verpflegt werden können. Alles in allem ein Film, der uns mit Stolz und Bewunderung erfüllt. Mit daher Generale baut sich die durch den Verfall der Vertrag vernichtete deutsche Handelsflotte wieder auf. Der „Colombus“ ist ein prächtiges Wahrzeichen dieser Aufbauarbeit. Herr Korvettenkapitän Rodebeck erklärt in vorliegender Weise den Film, er war für die „Landratten“ ein vorzüglicher Führer. Auch dieser Film ist eines Besuches wert.

Schwerer Ansturm. Zu dieser Zeit im Polizeibericht in der Samstagnummer ist noch nachzutragen, daß der Verunglückte seinen Verletzungen erliegen ist. Es handelt sich um den 41 Jahre alten Malermeister Jakob Dreifinger, eines fleißigen und nüchternen Handwerksmeisters. Der Autoführer fuhr beinahe über ihn, ohne sich um den Verunglückten anzunehmen, aber es gelang dennoch, das Auto und den Chauffeur zu ermitteln. Letzterer wurde verhaftet.

* Nord in Dufensack. In der Nacht vom 7. auf 8. Februar früh 4 Uhr entfernte sich der ledige 25 Jahre alte Spinnereiarbeiter Hermann Nord er aus seiner elterlichen Wohnung in Dufensack und begab sich an das katholische Schweisternhaus und betete sehr laut an dem Altar, der sich im Garten des Schweisternhauses befindet. Auch rief er der Schweisternschwester, als diese erwiderte, stach er mit einem Dolchmesser auf sie ein und verriet sie so schwer, daß sie gleich darauf auf der Eingangstreppe des Schweisternhauses tot zusammenbrach. Der Täter wurde von Ortseinschreibern überwältigt und sodann mit dem Krankenautos nach dem südlichen Krankenhaus hierher verbracht.

(1) Kindertransport. Am Dienstag, den 11. Februar, abends 7.56 Uhr kehren die vom Verein Jugendhilfe im Rinderheim Schloß Friedenweiler bei Neustadt i. Schw. untergebracht Kinder nach sechsmonatlicher Kur hierher zurück.

(2) 25 Jahre im Polizeidienst. Man schreibt uns: Auf eine ununterbrochene 25jährige Polizeidiensttätigkeit konnten dieser Tage die Herren Polizeikommissar Bre n n e n h u h l und Polizeiwachmeister Reinhold Maier hier zurückblicken. Beide Jubilare sind im weitesten Kreise hiesiger Stadt sehr bekannt und genießen bei der Bürgerschaft allgemeine Achtung. Ebenso wie man in der Weststadt den Ernst Brennenhuth fast in jeder Familie kennt, ebenso bekannt ist der alte Maier in der Altstadt, dem sogenannten Dörfle. In den Kreisen ihrer Vorgesetzten und Kameraden erfreuen sich die beiden Jubilare allgemeiner Verehrung und Beliebtheit. Während ersterer einem persönlichen Wunsche gemäß sein Jubiläum in aller Stille beging, wurden letzterem seitens seiner Kameraden verschiedene Ehrungen zuteil. Ein Stimmzugehörige mit entsprechender Widmung grüßte ihn an seinem Jubeltage von seinem Arbeitstische aus, während gegen Mittag sich sämtliche Beamte des Reviers, in dem er seinen Dienst verrichtet, auf der Wache Mendelssohnplatz versammelten, wo ihm der Reviervorsteher, Herr Polizeikommissar P u h l e s, unter anerkennenden Worten namens sämtlicher Beamten des Reviers ein Geschenk überreichte. Auch die Gefangenenabteilung, deren passives Mitglied Herr Maier ist, ehrte den Jubilar durch Darbringung eines Ständchens bei seiner Wohnung im Borort Rindheim.

Vielles Streichorchester-Proben. Obermusikmeister a. D. Giese sucht, wie aus einem Inserat in der Samstagnummer hervorgeht, leistungsfähige Instrumentalisten aus Streich- und Blasinstrumenten. Näheres ist aus dem Inserat in der Samstagnummer ersichtlich.

Aus den Vororten

eff. Naturfreunde. In einem Familienabend hatte am letzten Sonntag die Ortsgruppe D a r l a n d e n ihre Mitglieder und Anhänger geladen. Die Festhalle erbot sich erfreulichem Maße als Saal. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Obmann B r u n n e r wählte sich das Vorstandeamt in dieser Folge ab. Der Arbeitervereinsverein „E d e l m e i s t e r“ brachte einige Lieber recht wirkungsvoll zu Gehör, die Naturfreunde jubelten tanste fröhliche Reinen, während das Orchester der Ortsgruppe Mannheim als Gast den Löwenanteil des Abends bestrahlte. Es war denn auch ein Genuß, dieser Schar zu lauschen, die den leichten Regungen ihres musikalisch gewissenhaften Dirigenten folgte, und somit eine Wiedergabe erstellte, die wirklich Staunen erregte. Alles in allem war dies eine Merkwürdige Veranstaltung, die hoffentlich recht bald ihre Früchte zeitigt durch eine Stärkung unserer Darlarnder Naturfreunde. Vera freil

Veranstaltungen

Colosseum. Heute abends 8 Uhr Vorleser-Vorstellung. Eine zweite Damen- und Fremdenstunde mit nachfolgendem Ball hält die Karnevalsgesellschaft des Gesangsvereins Badenia am Sonntag den 15. Februar im Saale des „Kühnen Kreuz“ ab. Auch diese Sitzung dürfte sich der in der Festhalle abgehaltenen ersten Sitzung in würdiger Weise anschließen. Da hierfür wieder erstklassige Redner gewonnen sind, werden Freunde eines geistigen und fröhlichen Sammers wieder einige genussreiche Stunden in Aussicht gestellt. Alles Nähere siehe Anzeiger in dieser Zeitung und Plakatsäulen.

Vorläufige Wettersvorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Dienstag, 10. Febr.: Meist trübe, regnerisch, mild, starke westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Schweizerinsel 25, gef. 3; Rühl 148; Marxau 310; Mannheim 216, gef. 3 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Gustav Laker, Schneidmeister, Chemann, alt 67 Jahre. Robert Berino, Eisenbahninspektor, Chem., alt 39 Jahre. Karoline Rühlmüller, alt 82 Jahre, Witwe von Vitus Rühlmüller, Hammermeister. Jakob Vies, Werkführer a. D., Chemann, alt 68 Jahre. Erich, alt 19 Tage, Vater Ludwig Stub, Oberregierungsrat. Johanna v. Röhl, alt 60 Jahre Ehefrau von Gustav Röhl, Hauptmann a. D. Karl Schaubt, Kontrolleur, Kontrolleur, Chemann, alt 52 Jahre.

Bereinsanzeiger

Beimgarten. (Soz. Verein.) Dienstag abends 8 Uhr Parteiverammlung im Lokal. 172 Der Vorstand.

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt eine Ankündigung der Firma Dr. med. Rob. Zahn u. Co., G. m. b. H., Magdeburg, über ihr in vielen Tausenden von Fällen bewährtes Nervennähmittel „N e r o s o l i n“ bei, auf welche wir unsere Leser hiermit ganz besonders hinweisen. Ein Versuch mit diesem Mittel dürfte sich auf jeden Fall empfehlen. 173

Es wird empfohlen!

5,90
7,90
9,75

RESI

Billige Schirm-Woche

FRANCK & CIE. / Kaiserstraße 110.

Deutscher Reichstag

Berlin, 7. Febr. (Eig. Bericht.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst das vorläufige Wirtschaftsausschusses mit Siam.

Abg. Daub (D. Sp.) berichtet über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses, der die Annahme des Vertrages empfiehlt. — Abg. Frhr. v. Frentag-Loringhoven (Dnt.) erklärt, der Vertrag mit Siam widerspreche der Würde und dem Ansehen des Deutschen Reiches. — Abg. Haas (Dem.) wendet sich gegen diese Äußerung und beantragt, Reichsaußenminister Stresemann herbeizurufen, damit er auf diese Äußerung erwidert. — Abg. Hermann Müller (Soz.) unterstützt diesen Antrag. — Abg. Rube (Foz.) bezweifelt die Beschlussfähigkeit des Hauses. — Da das Büro zweifelhaft wegen der Beschlussfähigkeit des Hauses ist, wird hierüber eine namentliche Abstimmung vorgenommen. Die Abstimmung ergibt, daß nur 242 Abgeordnete anwesend sind, während zur Beschlussfähigkeit 247 Abgeordnete erforderlich waren.

Präsident Löbe schließt daher um 2 Uhr nachm. die Sitzung. Um 2 1/2 Uhr eröffnet Präsident Löbe die neue Sitzung. Zunächst nimmt das Haus einen Osterentwurf zum deutsch-siamischen Abkommen über Eisenbahnen im Grenzverkehr an. Dann wird die

Aussprache über den Etat des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt.

Abg. Kädel (Komm.) erklärt, daß aus der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts für die deutschen Arbeiter noch nichts herausgekommen sei und auch nichts herauskommen könne, weil in Deutschland jetzt die letzte Etappe der Reaktion erreicht sei.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.)

wünscht, daß die Veröffentlichung der Jahresberichte der Gewerkschaftsbeamten nicht so lange wie bisher auf sich warten lassen soll. Sie enthalten wertvolles Material, das für die Sozialpolitik verwertet werden muß. Die Zahl der gewerbeaufsichtstätigen Beamten müsse weiter vermehrt werden, es mangle durchaus an genügender Kontrolle, besonders in der Textilindustrie, die zum Teil die Arbeitszeit der Arbeiterinnen kontrolliert und ganz unerbittlich über längere Stunden drängen, so ist das doch nur ein Beweis dafür, wie erbärmlich niedrig die Löhne sind.

Die Schonung der Schwangeren lasse noch immer zu wünschen übrig. Für das Kind im Mutterleib wird die Arbeit der Mutter zum Fluch. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt dringend eine Reform des Kinderzuschulgesetzes. In seiner heutigen Verfassung ist es nicht mehr zu verantworten. Wir haben eine Entschädigung eingebracht, die einen Sommerurlaub für jugendliche Arbeiter und Angestellte verlangt. Schon vor zwei Jahren habe ich die gesetzliche Regelung dieser Frage beantragt, aber dafür fand sich in diesem Hause keine Mehrheit. Jetzt aber sind die Verhältnisse so schlimm geworden, daß wir nicht mehr länger warten können. Durch den sozialpolitischen Abbau haben sich die gesundheitlichen Zustände gerade der Jugendlichen außerordentlich verschlechtert. Wir müssen bedenken, daß viele der Jugendlichen in den Wintermonaten die Sonne überhaupt nicht mehr sehen. Was für uns ganz selbstverständlich ist, daß wir uns in den Sommermonaten erholen wollen, das muß für die schaffende Jugend erst recht selbstverständlich sein. Das Reichsarbeitsministerium hat eine Regelung dieser Frage im Arbeitszeitgesetz versucht, sie ist aber so dringend, daß sie sofort geregelt werden muß. Sollte unsere Entschädigung zurückgestellt werden, dann muß das Arbeitszeitgesetz so schnell wie möglich verabschiedet werden. Wir verlangen weiter die schnelle Vorlage des Berufsausbildungsgesetzes für Jugendliche, und eine Förderung der Berufsberatung, besonders für werdende Frauen. Vor zwei Jahren sind uns Versprechungen darüber gemacht worden, aber seitdem ist nichts geschehen. Die Berufsberatung muß in ganz anderer Weise als bisher mit Heran und Herkommen zusammenarbeiten. Wenn immer wieder die Einwände gegen die Heranwertigkeit der Frauenarbeit erhoben und damit die schlechteste Entlohnung begründet wird, so sorgen Sie für bessere Berufsbildung. Das ist besonders für die jungen Mädchen wichtig, die noch viel mehr als die Jungen sofort nach der Schule ins Leben hinausgetrieben werden, damit sie nur schnell verdienen. Ueberhaupt muß für gleichwertige Arbeit für beide Geschlechter gefordert werden, dann kann auch nichts gegen die gleichwertige Bezahlung eingewandt werden. Wir sind heute mehr denn je der Meinung, daß nicht die produzierte Ware als das Größte zu gelten, sondern der produzierende Mensch — er muß im Mittelpunkt der Wirtschaft und Sozialpolitik stehen. Was ist uns nach dem Kriege noch geblieben, die heranwachsende Jugend! Wir müssen mehr als bisher für sie sorgen, müssen mehr für ihre Entwicklung tun. Wir Gegenwärtigen sind nun einmal die Verantwortlichen für die Zukunftigen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heier (D. Sp.) verlangt größeres Verständnis für die Bedürfnisse des Handwerks. In dem Wesen der Handwerkerlehre dürfe nicht gerüttelt werden. An sozialer Fürsorge für die Lehrlinge habe es das Handwerk nie fehlen lassen. (Widerstand bei den Soz.) — Abg. Schreiber (Dem.) ist in vielen Punkten mit den beiden Vorschlägen einverstanden, glaubt aber, daß jetzt schon leider von vielen Meistern das Lehrlingsverhältnis als gewerkschaftliches Arbeitsverhältnis behandelt werde. — Abg. Behnken (D. Sp.) befreit entschieden, daß die Ausbildung des gewerkschaftlichen Nachwuchses sich verschlechtert habe. Die Ausbildung im Handwerk stehe vielmehr in Deutschland auf ganz hervorragender Höhe. — Abg. Peggold (Wirtsch. Sp.) wendet sich gegen eine schematische Gleichbehandlung der Lehrlingsausbildung in den verschiedenen Berufen. Von einer Lehrlingszucht könne keine Rede sein. — Abg. Thiel (D. Sp.) erklärt, man könne nicht verlangen, daß der Verkaufszettel ermäßigt laufe. Der Eintritt Deutschlands in das Internationale Arbeitsamt könne nur bei voller Gleichberechtigung und nach Erfüllung für Deutschland selbstverständlicher Voraussetzungen erfolgen.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.)

trifft in Abweisung der Ausführungen von Mitgliedern der Rechten nochmals darauf ein, daß alle Schutzmaßnahmen für jugendliche und insbesondere auch die Lehrlingsausbildung gesetzlich geregelt werden müssen. Wenn die Vertreter der Rechten behaupten, daß das Lehrlingswesen bereits in bester Ordnung sei, könne man nicht verstehen, warum sie sich gegen die gesetzliche Regelung dieser Frage wenden.

Es wird dann die vorher abgebrochene zweite Beratung des deutsch-siamischen Wirtschaftsausschusses fortgesetzt.

Außenminister Dr. Stresemann

wendet sich gegen die Kritik, die der deutsch-siamische Abgeordnete Dr. v. Frentag-Loringhoven an dem Abkommen geübt hat. Es liege durchaus kein Zeugnis deutscher Schwäche darin, wenn die Verhandlungen in Berlin geführt wurden. Das lag vielmehr im deutschen Interesse. Unberechtigt ist auch die Kritik daran, daß der Text des Abkommens in englischer Sprache abgefaßt ist. Das Zurücktreten auf einen Text in dieser Sprache ist für die deutschen Kaufleute zweifellos praktischer, als wenn man sich auf die wenig bekannte siamesische Sprache hätten verlassen müssen. Das Abkommen war dringend notwendig, denn nach dem bisher geltenden Recht war es den deutschen Kaufleuten verboten, siamesischen Boden zu betreten. Der für Deutschland außerordentlich schädliche Artikel 18 des Verfallers Vertrages, der die Beschlagnahme deutschen Eigentums zuläßt, ist vertraglich ausgeschlossen nicht nur für Siam, sondern auch für England, Belgien, Italien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Portugal, Japan, Peru und Kanada. Abgeordneter v. Frentag-Loringhoven bemängelt weiter, daß wir die siamesische Gerichtsbarkeit anerkennen. Gerade Deutschland muß es vermeiden, als eine Macht angesehen zu werden, die zwar selbst Gleichberechtigung für sich verlangt, aber sie andern verweigert. Den Gedanken des Uebergewichtes der Europäer über andere Völker haben gerade jene europäischen Völker verleugnet, die im Weltkrieg außeruropäische Staatsangehörige als gleichberechtigte Kriegsteilnehmer verwandten.

Dr. Stresemann bedauert am Schluß besonders die Wendung des Abg. v. Frentag-Loringhoven, daß der Vertragsbeschluß die Würde und das Ansehen des Deutschen Reiches geschädigt habe. Selbstverständlich kann dieser Vorwurf nicht gemeint gewesen sein; denn der Redner setzte gleich hinzu, daß ein Teil seiner Freunde für den Vertrag stimmen werde. (Gr. Heiterkeit links und in der Mitte.) Obgleich man zugestehen werden darf, daß die Lage Deutschlands nach dem verlorenen Kriege eine Außenpolitik bedingt, die sehr häufig der Würde und dem Ansehen des Deutschen Reiches wenig entspricht. Wir sind ja überhaupt kein souveräner Staat mehr. Es ist aber unrecht, der Regierung aus den Folgen der Zwangsorgane Vorwürfe zu machen. Wir sollten jetzt nicht immer davon sprechen, was gewesen ist, sondern von dem, was uns geblieben ist und was wir wahren wollen.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.): Der deutsch-siamische Vertrag vorzuziehen, sie habe mit diesem Vertrag die Ehre und Würde des Deutschen Reiches geschädigt. Das sagt der Vertreter der stärksten Regierungspartei! — Abg. Graf Westarp (D. Sp.): Die Äußerung des Abg. v. Frentag-Loringhoven ist nicht so gefällig, wie sie hier klingt. Er hat nicht gesagt „Ehre und Würde“, sondern: „Ansehen und Würde des Reiches werden durch den Vertrag geschädigt“. Diese Auffassung teilt die ganze Fraktion, während ein Teil dem Vertrag trotzdem zustimmen will, um die deutschen Kaufleute nicht zu schädigen. Es handelt sich hier um eine Vorlage des früheren Kabinetts. Uebrigens ist auch in früheren Regierungskabinetten es manchmal vorgekommen, daß Kritik an einer Regierungsvorlage geübt und daß auch dagegen gestimmt wurde. (Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Aus den Ausführungen des Vordröners geht hervor, daß es in der deutsch-siamischen Fraktion die einheitliche Auffassung gibt, dieser Vertrag schade Ansehen und Würde des Deutschen Reiches. Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir nicht in der Lage sind, einen Vertrag zuzustimmen, der nach der stärksten Regierungspartei Ansehen und Würde des Reiches schädigt. (Beifall.)

Bei der Abstimmung erklärt Präsident Löbe, daß das Haus nicht beschlußfähig sei. Die Sitzung wird daher abgebrochen. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Reichsarbeitsministerium und Siamvertrag. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Veranstaltungen finden statt:

Sassfeld: Mittwoch, 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus öffentlicher Vortrag des Schulinspektors Genossen Reimuth-Karlsruhe über „Christentum, Religion und Sozialismus“. Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch dieses allgemein interessierenden Vortrags zu werben. Ganz besonders aber wird die Anwesenheit aller Genossen und Genossinnen erwartet.

Stein, Amt Florheim: Donnerstag, 12. Februar, abends 8 Uhr, öffentlicher Vortrag im Rathaus. Gen. Dr. Engel-Karlsruhe spricht über „Betriebsform und Sozialismus“. Alle sich für den Vortrag interessierenden, alle Genossen werden erwartet.

Gaggenau: Donnerstag, 12. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Gambrium“ mit Vortrag des Landtagsabg. Gen. Grohmann-Konstanz über „Die politischen Vorgänge im Reich und in Preußen“. Vollständiges Erscheinen aller Genossen, Freunde und Anhänger unserer Sache wird erwartet.

Ellingen: Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, in der „Sonne“ öffentlicher Vortrag des Landtagsabg. Gen. Friedrich-Mannheim über „Die Gefahren der Rechtsregierung für die Arbeiterklasse“. Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch zu werben.

W. Baden: Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saal der „Brauerei Bleher“ öffentlicher Vortrag des Schulinspektors Gen. Reimuth-Karlsruhe über „Belob und Bismarck“. Die Genossen und Genossinnen, deren Erscheinen als selbstverständlich angenommen wird, werden gebeten, für guten Besuch zu werben.

Heilbrunn, Amt Reß: Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, öffentlicher Vortrag des Gen. Warrer-Karlsruhe über „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“. Es wird gebeten, für guten Besuch aus den Kreisen der unsrer Bewegung nachstehenden zu sorgen, das Erscheinen sämtlicher Genossen wird als selbstverständlich erwartet.

Stettfeld, Amt Bruchsal: Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, öffentlicher Vortrag des Gen. Trins-Karlsruhe über „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“. Es wird gebeten, für guten Besuch aus den Kreisen der unsrer Bewegung nachstehenden zu sorgen, das Erscheinen sämtlicher Genossen wird als selbstverständlich erwartet.

Wannenknecht, U. Ellingen: Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, im Rathaus, öffentlicher Vortrag des Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe über „Die Entstehung der Welt und des Lebens“. Für zahlreichen Besuch dieses allgemein interessierenden Vortrags sollte gebeten werden.

Wobbe-Tabletten
in allen Apotheken u. Drogerien erhältlich
für Sänger, Redner, Räucher

Gewerkschaftliches

Kampfstimmung in der Metallindustrie Mittelbadens

betitelt sich ein Artikel des „Badischen Beobachters“ vom Sonntag, den 7. Februar. Zu dieser Sache wird uns geschrieben: Zu dem Artikel selbst wollen wir vorläufig nur inoffizielle Stellung nehmen, um einige Mängelstellungen und schiefe Darlegungen zu begradigen. Auf den sachlichen Teil können wir jetzt, mitten in der Bewegung, aus tatsächlichen Gründen nicht nachhaken und werden wir dies nach Beendigung derselben nachholen.

In dem Artikel heißt es, „nach Schließen des Betriebsrats der Maschinenbaugesellschaft, welche letzterer hinsichtlich der Gesamtangelegenheit des Betriebs Schmierleiten machte, wies die Versammlung einen außerordentlich starken Besuch auf“.

Dieser ist folgendes bemerkt: Es muß als eine gelinde gesagt, Dreißigkeit bezeichnet werden, daß der christliche Metallarbeiter-Verein im Betrieb der Maschinenbaugesellschaft eine Betriebsratsversammlung ohne Zustimmung des dortigen Betriebsrats glaubt einberufen und am schwarzen Brett anhängen zu können. Lediglich dagegen hat der Betriebsrat Einspruch erhoben bei der Direktion. Eine Betriebsratsversammlung einzuberufen, so viel Gesetzeskenntnis haben wir allerdings von einem christlichen Gewerkschaftssekretär vorausgesetzt, kann nur im Einverständnis mit dem Betriebsrat erfolgen. Allerdings ist dem christlichen Metallarbeiter-Verein ein Selbstbesitzer durch Herrn Betriebsratsdirektor H. entstanden, welcher glaubt, bei jeder Gelegenheit beitragen zu müssen, die christliche Organisation, die kaum leben kann, zu unterhalten.

Nachdem der Titel „Betriebsratsversammlung“ in Mitglieder-versammlung umgewandelt war, war die Angelegenheit für den Betriebsrat der Maschinenbaugesellschaft erledigt. Nun heißt es, die Versammlung wies einen außerordentlich starken Besuch auf. Hier könnte man ausrufen: „Beschwerden hat es eine hier“.

Die Versammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in den letzten Wochen waren von Laufend und Ueberausend Teilnehmern besucht. Wir nahmen dies als eine Selbstverständlichkeit hin, ohne nach außen hin mit diesen Zahlen zu parabolieren. Der christliche Metallarbeiter-Verein allerdings bezieht sich auf eine, von uns und schreibt 125 Teilnehmern Besuch der Versammlung in der jetzt so kritischen Zeit, schon als außerordentlich gut. Hierbei müssen noch 3 Dutzend in Abzug gebracht werden, die von unseren Kollegen besucht war. Ferner hat man von allen anderen Betrieben der Umgebung die christlich organisierten Arbeiter hinzugezogen. Kommt es da einem Wunder, wenn diese Organisationen von den Unternehmern noch niemals ernst genommen wurden?

Interessant ist noch folgendes Bekenntnis, daß die christliche Arbeiterklasse unter keinen Umständen bereit ist, einer Verleumdung der Arbeiterbewegung zuzustimmen, daß sie es aber ablehnen müsse, nach Ablauf der Kündigung des Arbeitsverhältnisses, die 48-Stundenruhe streng einzuhalten. „Was ich mit den Geld und nach nicht nach“, war ja von jeder der Grundzüge dieser Leute. Starke Töne reden in Versammlungen und durchdringender vor Kampfsitzungen, ist nicht verwunderlich bei der „Stärke“ des christlichen Metallarbeiter-Verbandes in Mittelbaden. — Dies vorläufig.

Betriebsratsneuwahlen 1925

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Die einjährige Amtsdauer der Betriebsräte beginnt jeweils mit Ablauf der Wahl in dem betreffenden Betriebe. Ein fester Wahltermin besteht nicht. Aufstrebend können die Wahlen während des ganzen Jahres stattfinden. Das ist auch immer dann der Fall, wenn die Arbeitslosigkeit eine Neuwahl nötig macht. Die Gewerkschaften haben aber wegen der Zusammenarbeit mit den Betriebsräten ein Interesse an einheitlichen Neuwahlen, und sie haben deshalb seit Inkrafttreten des Betriebsratsgesetzes dafür Sorge getragen, daß die Neuwahlen der Betriebsräte alljährlich in den Monaten Februar/März erfolgen. Nach Ablauf der Neuwahlen kann dann die organisatorische Eingliederung in den Funktionärskörper der Gewerkschaften vorgenommen werden. Damit ist der Arbeiterbewegung bestens gedient.

Die Gewerkschaften bereiten die Betriebsratswahlen für 1925 bereits vor. Gerade in diesem Jahre sind diese Wahlen besonders wichtig. Der passive Widerstand und die Inflation liegend hinter uns, ebenso schwere Kämpfe um den Wirtschaftszustand und um die Friedensrealisation im vergangenen Jahre. Neue schwere Kämpfe stehen bevor. Die politischen Verhältnisse sind derart, daß die Arbeiter und die Angehörigen ganz auf ihre eigene Kraft angewiesen sein werden. Starke Töne reden in Versammlungen und durchdringender vor Kampfsitzungen, ist nicht verwunderlich bei der „Stärke“ des christlichen Metallarbeiter-Verbandes in Mittelbaden. — Dies vorläufig.

Es darf im Jahre 1925 auch nicht mehr vorkommen, daß Betriebe keine Betriebsratswahlen wählen und damit auf die wichtigen Rechte aus dem Betriebsratsgesetz verzichten. Ein solcher Zustand ist unvereinbar mit der Würde der Arbeiterbewegung. Durch Laubst werden auch nur die Bestrebungen der Gegner der Arbeiterbewegung unterstützt. Diese Gegner setzen sich alle Mühe, die Macht der Arbeiter zu untergraben. Die Unternehmer führen einen harten Kampf gegen die bestmögliche des kollektiven Arbeitsrechts, die Gewerkschaften und die Tarifverträge. Die Unternehmer wollen die Wertgemeinschaft, wo sie wieder die Herren und die Arbeiter die Knechte sind. Dabei wollen sie sich auch der Betriebsräte bedienen und sie für Betriebsvereinbarungen gewinnen. Die Kommunisten arbeiten auch hier den Unternehmern in die Hände, indem sie durch die Betriebszellenpolitik die Gemeinamkeit der Interessen aller Arbeiter untergraben und durch die in die Arbeiterklasse getragene Uneinigkeit die Macht der Arbeiterbewegung schwächen. Dadurch wird auch der Einfluss der Betriebsratswahlen vermindert.

Die Arbeiter und die Angehörigen müssen sich gegen diese Angriffe von zwei Seiten wehren. Die freien Gewerkschaften (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Allgemeiner freier Arbeiterbund) rufen gemeinsam an den Neuwahlen der Betriebsräte in den Monaten Februar und März 1925 auf, und sie haben hierfür die Parole ausgesprochen: Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften! Die Arbeiterklasse muß diese Parole in die Tat umsetzen, indem alle Arbeiter und Angehörigen der freien Gewerkschaften werden und alle Gewerkschaften nur freigeberkschaftliche Betriebsräte wählen, die sich durch Sachlichkeit, Erfahrung und Kenntnisse auszeichnen, das wichtige Amt eines Betriebsrats ausüben.

Auch die Betriebsratsneuwahlen 1925 müssen auf einer Niederlage der Gegner der Arbeiterklasse, besonders der Unternehmer und der Kommunisten, führen. Die freien Gewerkschaften müssen als unbesiegbare Sieger aus dem Kampfe hervorgehen.

Pianos - Harmoniums erste Weltmarken, zu günstigsten Preisen und Bedingungen **Pianohaus Lang** Kaiserstrasse 107/1, Telefon 1073, Salamander - Schutzhäuser

Resi Jackie Coogan **Resi**
Waldstr. in 1251 Waldstr.

Oliver Twist
nach dem berühmten Roman von Charles Dickens.

Eine Reise nach Stockholm
Entzückender Reisefilm.

Jugendliche haben Zutritt!

Karnevalgesellschaft des Gesangsvereins „Badenia“.

Sonntag, den 15. Februar nachmittags 3⁰⁰ Uhr, findet im Saale zum „Nählen Strug“ unsere

II. Damen- und Fremden-Sitzung statt.

Auftreten nur erstklassiger Sängerverbände. Einzug des Orchesters und Kleinen Rat 3¹⁵ Minuten. 10⁰⁰ Uhr humoristisches Konzert.

Eintritt für Mitglieder 50 Hg., Fremde 1 Mk. Rührische Kopfbedeckung und Federbüchel obligatorisch und am Saaleingang erhältlich.

Nach Schluß der Sitzung: **Großer Narrenball.**

Mitglieder Mk. 1.— Fremde Mk. 2.— Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. Kartenverkauf siehe Plakataulen. Der Eiserrat.

COLOSSEUM
Täglich, 8 Uhr, das vollständig neue **VARIETE-PROGRAMM**

Druckarbeiten aller Art liefert die Buchdruckerei „Volkstreu“, Durlacher Allee 24.

Badisches Landestheater
Montag, den 9. Februar, 8-10 Uhr (4.50) Schüler- und Fremden-Vorstellung:
Faust I. Teil.

In das Handelsregister ist eingetragen:

1. **Franz Reiter, Buchhandlung, Karlsruhe:** Die Firma ist geändert in: Rudolf Wagner, Buchhandlung, Einzelfirma: Rudolf Wagner, Kaufmann, Karlsruhe.
2. **Wolber u. Hoerner, Karlsruhe:** Die Firma ist geändert in: Spezialmaschinenfabrik Albert Müller.
3. **Kolof Steimel, Karlsruhe, Einzelfirma:** Kolof Steimel, Tapeziermeister, Karlsruhe. (Bilanzmiträge 63.)
4. **Martin Isenhöfer u. Co., Zimmergeldhäft und Holzhandlung, Karlsruhe, Kommanditgesellschaft bei welcher Martin Isenhöfer, Baumeister, Karlsruhe, als persönlich haftender Gesellschafter und ein Kommanditist beteiligt ist.** (Stenberstraße 17).

Karlsruhe, den 6. Februar 1925.
Bad. Amtsgericht B 2.

Maskenkostüme
werden rasch und billig angefertigt von 3 Mk. an
Schillerstraße 50 IV.

Metallbetten
Stahlmatr. Kinderbetten
dir. an Priv., Kat. 80 R frei
Hessenthaler Suhl (Habr.)

In das Handelsregister B Band II D 3, 35a ist zur Firma „Stratbe“ **Wahlel-Adels-Beater, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe,** eingetragen: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Hermann Frey ist beendet. Kaufmann Julius Peter, Baden-Baden, ist als Geschäftsführer bestellt.

Karlsruhe, den 3. Februar 1925.
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister B Band II D 3, 56 ist zur Firma **Buchdruckerei Fidelitas, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe,** eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 17. November 1924 wurde das Stammkapital infolge Umstellung auf 47.939,60 Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag bezüglich der Bestimmungen über den Stammbau und des Stimmrechts der Stammteile geändert.

Karlsruhe, den 28. Januar 1925.
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister B Band II D 3, 61a ist eingetragen: Firma und Sitz: **Badische Luftverkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe.** Gegenstand des Unternehmens: Die Beförderung von Personen und Sachen durch Luftfahrzeuge, insbesondere zum Zwecke des Anschlusses des Landes Badens an das nationale und internationale Luftverkehrsnetz, ferner Veranstaltungen für Reklame- und Luftbildwerke und Passagierflüge. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an Unternehmen verwandter Art zu beteiligen oder solche zu erwerben.

Stammkapital: 250.000 Reichsmark. Geschäftsführer: Albert Hermann Stadler, Karlsruhe. Erwin Kraus, Sandlitz, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. Januar 1925 festgestellt. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinsam vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Karlsruher Zeitung.

Karlsruhe, den 30. Januar 1925.
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister B Band III D 3, 18 ist zur Firma **Kaiser-Automat, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Karlsruhe,** eingetragen: Die Liquidation ist beendet, die Firma ist erloschen.

Karlsruhe, den 29. Januar 1925.
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister B Band III D 3, 69 ist zur Firma **Deutsche Signallampenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe,** eingetragen: Dem Kaufmann Max Adolf Dirsch, Karlsruhe, ist Procura in der Weise erteilt, daß er berechtigt ist, gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen die Gesellschaft zu vertreten.

Karlsruhe, den 28. Januar 1925.
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister B Band VII D 3, 29 ist zur Firma **Badische Leberwerte in Karlsruhe** eingetragen: Auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 17. Januar 1925 wurde das Grundkapital infolge Umstellung auf 1.050.000 Reichsmark ermäßigt, eingeteilt in 7000 auf den Inhaber lautende Aktien über je 150 RM. Der Gesellschaftsvertrag wurde in den §§ 3 (Grundkapital) und 17 (Vergütung des Aufsichtsrats) geändert. Die Procura des Ludwigs Hommelberg ist erloschen.

Karlsruhe, den 30. Januar 1925.
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister B Band VII D 3, 35 ist zur Firma **Steiner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe,** eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 14. Januar 1925 wurde das Stammkapital infolge Umstellung auf 160.000 Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag in den §§ 3 (Geschäftsjahr) und 4 (Stammkapital) geändert.

Karlsruhe, den 27. Januar 1925.
Bad. Amtsgericht B 2.

In das Handelsregister B Band IX D 3, 18 ist zur Firma **Karlsruher Aktienfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe,** eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 23. Januar 1925 wurde das Stammkapital infolge Umstellung auf 10.000 Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag in §§ 3 (Stammkapital) und 12 Abs. 3 (Stimmrecht) geändert, die §§ 4 und 5 kommen in Wegfall.

Karlsruhe, den 31. Januar 1925.
Bad. Amtsgericht B 2.

Voranzeige.
Dienstag, den 23. Februar, in sämtlichen Räumen der **Großer Maskenball.**
Prämierung der originellsten Gruppen, sowie Einzelpersonen. 1246

Das ganze Jahr hindurch
Wiederherstellung aller beschädigten Puppen und Anfertigung von Puppenperücken aus mitgebrachten Haaren.
Verkauf von Puppen und Puppenartikeln.
Erste Karlsruher Puppen-Klinik **H. BIELER** 223 Kaiserstraße, zw Douglas u Hirschstraße

Die Pächter städt. Grundstücke
werden an die Zahlung der am 1. Februar fälligen gemessenen Pachtzinsen für das Rechnungsjahr 1924/25 erinnert. Für die Entrichtung wird noch eine Frist bis zum 21. Februar d. J. bewilligt. Die Zahlung hat bis zu diesem Zeitpunkt bei den in der Bekanntmachung des städt. Tiefbauamtes vom 12. Januar 1925 bezeichneten Stellen zu erfolgen und zwar für die in den Vororten wohnenden Pächter bei den Gemeindefretariaten der betr. Stadtteile (in Mühlheim auch für die in Mühlheim wohnenden und in Weierheim auch für die im Weierhergergebiet und im Sulzbach wohnenden Pächter), für die übrigen Pächter bei der Stadthauptkasse, Rathaus Zimmer 37, Schalter 6. Die Pachtzinsregister, aus denen die fälligen Pachtzinsbeträge zu ersehen sind, liegen bei den angeführten Zahlungsstellen auf.
Wer die Pacht bis zum 21. Februar ver付mt, hat Pachtzahlung zu gewärtigen und die damit verbundenen Kosten zu tragen.
Karlsruhe, den 6. Februar 1925
Stadthauptkasse A.

Zwangsvorversteigerung.
Dienstag, den 10. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr werde ich in Karlsruhe, im Pfandlokal Eberstraße 23 gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
75.000 Zigaretten Marke Sankt von Pforta, 19.000 Marke Sultana Altabis, 40.000 Marke Sultan Karab, 1 Schweißblech, 1 Herrenschuh, 1 weißes Damenkleid, 2 Damenstrümpfe
Karlsruhe, den 7. Februar 1925.
Richt, Gerichtsvollzieher in Karlsruhe.

Lieses Streich-Orchester-Proben
Leistungsfähige Instrumentalisten auf Streich- u. Blasinstrumenten, welche gewillt sind, an diesen Proben teilzunehmen, werden gebeten sich vorzustellen bei Obermusikmeister a. D. H. Liese
Durlacher Allee 90 c L.

Badische Lichtspiele für Schule und Volksbildung
Konzertsaal
Erstaufführung!
Samstag, den 7. Februar nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 4 Uhr
Montag, den 9. Februar, Dienstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr

„COLUMBUS“
Der Film vom Bau und Betrieb des neuesten deutschen Riesendampfers des Norddeutschen Lloyd Bremen.
Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße.
Preise: 1,70, 1,50, 1.—, 0,90 Mark.
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise.
163

Automobil-Centrale
Schoemperlen & Gast
KARLSRUHE
übernimmt die Ausführung von Reparaturen an Last- und Personen-Automobilen sämtl. Systeme in bestergerichtetem grossem Werk. Spezialeinrichtung für die Instandsetzung von **BENZ**
Last- u. Personenwagen. Lager an neuen und durchreparierten Lastwagen aller Typen. Anhänger in all. Grössen erst. deutscher Fabriken
Werkstätten und Büro: Sofienstraße 74, 76, 78, auch zugänglich vom Mühlburgertor. Fernruf 540 und 541.

Besuchen Sie
bitte in Ihrem eigenen Interesse das
Baubund Möbelhaus
Karl-Friedrichstraße 22, am Rondellplatz.
Durch Großeinkäufe für unsere sämtlichen Zweigstellen in Baden bieten wir unserer werten Kundschaft **aussergewöhnliche Vorteile beim Einkauf durch grösste Auswahl**
Billigste Preise! Grösste Zahlungserleichterungen!
Lassen Sie sich vor jedem Möbeleinkauf von uns kostenlos beraten!
Baubund Möbelhaus
Bad. Baubund, G. m. b. H.
Karl-Friedrichstr. 22 (Rondellpl.), Fernruf 5157

Zahlungs-Aufforderung.
Die katholische Kirchensteuer betr.
Diejenigen Steuerpflichtigen, welche mit ihren Zahlungen an allgemeine und örtlicher Kirchensteuer für das Jahr 1924/25, bis zum 4. Februar d. J. verfallen noch im Rückstand sind, werden erucht, ihre Schuldbiligkeit innerhalb 8 Tagen zu entrichten, da sonst gegen die Säumnigen das Betreibungsverfahren eingeleitet werden dürfte.
Karlsruhe, den 8. Februar 1925.
Katholische Kirchensteuerkasse: Ständehausstraße 1.

Felle-Haare!
Roh-, Halb-, Schweinehaare, Menschenhaare, Kuhhaare, Maulwurfsfelle, Stoll- u. Feldhahnen, Bettdecken, alt und neu, samt jeder Quantum 751
J. Eupolianski
Bähringerstraße 28 II.